



Informationsbericht an den Kontrollausschuss

(Projektkontrollen und Projektstände 3. Quartal 2018)

GZ.: StRH – 038108/2018

Graz, 18. Dezember 2018

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz

A-8011 Graz

Kaiserfeldgasse 19

Fotos (von links): Stadt Graz/Pichler (1, 2), Foto Fischer (3),
photo 5000 – www.fotolia.com (4)

Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Kurzfassung Projektkontrollen	8
1.1	SchloßbergMuseum	8
2	Gegenstand und Umfang der Kontrolle	9
2.1	Gegenstand und Umfang der Kontrolle anlässlich einer Projektkontrolle	9
2.2	Gegenstand und Umfang der Kontrolle anlässlich einer Projektabwicklungskontrolle	10
3	Berichtsteil	11
3.1	Durchgeführte Projektkontrollen	11
3.1.1	SchloßbergMuseum	11
3.2	Nicht zeitgerecht durchführbare Projektkontrollen	16
3.3	Begonnene Projekte im 3. Quartal 2018	17
3.4	Baulich abgeschlossene Projekte	18
3.5	Projekte in Planung	24
3.5.1	Masterplan Sturzgasse – Recyclingcenter NEU	25
3.5.2	Errichtung von Gemeindewohnungen Siedlungsareal Am Grünanger 1. Realisierungsabschnitt	27
3.5.3	SchloßbergMuseum	29
3.5.4	Haus Graz „Graz baut aus“ - Quartier Steyrergasse Süd	31
3.5.5	Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte – Waagner- Biro-Straße	35
3.5.6	Straßenbahnanbindung Reininghaus - Einreichplanung	37
3.5.7	Straßenbahnausbau – Innenstadtentflechtung Neutorgasse	40
3.5.8	Errichtung der Bahnunterführung GW2a Josef-Huber-Gasse	42
3.5.9	Errichtung Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1	45
3.5.10	Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulstandorten der Stadt Graz	47
3.5.11	Streetwork und Kontaktladen	50
3.6	Projekte in Umsetzung	51
3.6.1	Sachprogramm Grazer Bäche	52

3.6.2	Erschließung des Areals der ehemaligen Hummelkaserne	54
3.6.3	Verkehrerschließung Reininghaus	58
3.6.4	Verkehrsmaßnahmen Areal Graz Reininghaus und Umbaumaßnahmen Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf- Straße	61
3.6.5	Reininghaus – Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkystraße	64
3.6.6	Sanierung/Umbau Weblinger Stumpf	67
3.6.7	Ausbau St. Peter Hauptstraße – Süd	70
3.6.8	Austausch von 405 Parkscheinautomaten	72
3.6.9	Errichtung ASKÖ-Halle Neu	74
3.6.10	Streetwork und Kontaktladen	76
3.6.11	Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inkl. zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung	77
3.6.12	BA46- Erweiterung und Sanierung Kläranlage der Stadt Graz	79
3.6.13	Zu- und Umbau Volksschule Triester (5. Bezirk-Gries)	81
3.6.14	Neubau Volksschule Smart City (4. Bezirk-Lend)	84
3.6.15	IT-Ausbau an den Grazer Pflichtschulen	86
3.6.16	Errichtung eines neuen Gemeindewohnbaus Kreuzung Peter- Rosegger-Straße/Faunastraße	88
3.6.17	Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz / VRV 2015	90
3.7	Abgeschlossene Projekte	92
3.7.1	Erweiterungsbau Volksschule St. Veit	92
3.7.2	Erweiterungsbau Volksschule St. Peter	94
3.7.3	Neubau Volksschule Mariagrün	96
3.7.4	Straßenbahnlinie Südwest - Planungsbeschluss	99
4	Kontrollmethode	101
4.1	Erweiterungsbau Volksschule St. Veit, Erweiterungsbau Volksschule St. Peter und Neubau Volksschule Mariagrün	101
5	Grafische Übersicht über die Projektstände	102
	Kontrollieren und Beraten für Graz	105

Abkürzungsverzeichnis

A7	Gesundheitsamt
A8/3	Abteilung für Rechnungswesen
A8/4	Abteilung für Immobilien
A10/BD	Stadtbaudirektion
A10/1P	Straßenamt-Parkgebührenreferat
A10/5	Abteilung für Grünraum und Gewässer
A10/8	Abteilung für Verkehrsplanung
A13	Sportamt
ABI	Abteilung für Bildung und Integration
Abs.	Absatz
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASKÖ	Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich
BA	Bauabschnitt
BAO	Bundesabgabenordnung
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
GRB	Gemeinderatsbeschluss
d.h.	das hieß
div.	diverse
einschl.	einschließlich
etc.	und so weiter
exkl.	exklusive
FW	Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr
GBG	Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH
GGZ	Geriatrische Gesundheitszentren
GKB	Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GTS	Ganztageschule
GZ	Geschäftszahl
HGS-WW	Holding Graz Service-Wasserwirtschaft
HLF	Hilfeleistungslöschfahrzeuge
inkl.	inklusive
iSd	im Sinne der
ITG	Informationstechnik Graz GmbH
Kfz	Kraftfahrzeug
MKG	Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH
NMS	Neue Mittelschule
Nr.	Nummer
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen

OW	Oberwasser
ÖV	Öffentlicher Verkehr
PWH	Pflegewohnheim
rd.	rund
SAP	Buchhaltungssoftware
StRH	Stadtrechnungshof
SW	Südwest
u.a.	unter anderem
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
USt	Umsatzsteuer
usw.	und so weiter
UW	Unterwasser
VoSt.	Vorsteuer
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
VS	Volksschule
z.B.	zum Beispiel
zzgl.	zuzüglich
ZSK	zentraler Speicherkanal

Piktogramme

Stadt Graz¹



Straßen



Bäche



Katastrophenschutz/Feuerwehr



Unterricht



Soziales/Gesundheit/Familie



Sport



Abwasser



Neues Rechnungswesen



Grünraum

Holding Graz¹



Öffentlicher Verkehr



Bau

Haus Graz¹



Unterricht



Sport



Bau



Betreuung

¹ Die Farbgebung der Piktogramme (Stadt Graz, Holding Graz bzw. Haus Graz) in den nachfolgenden Kapiteln orientiert sich an der Finanzierung der Einzelprojekte.

1 Kurzfassung Projektkontrollen

1.1 SchloßbergMuseum

- Bedarf: 
- Sollkosten: 
- Folgekosten: 

Piktogramme

-  in Ordnung
-  teilweise in Ordnung
-  nicht in Ordnung
-  nicht Gegenstand der vorgezogenen Bedarfsprüfung

2 Gegenstand und Umfang der Kontrolle

2.1 Gegenstand und Umfang der Kontrolle anlässlich einer Projektkontrolle

Das Statut der Landeshauptstadt Graz gab für die Projektkontrolle folgende Kontrollziele vor:

1. Kontrolle der Zweckmäßigkeit (Bedarfsprüfung),
2. Plausibilisierung der Sollkosten und
3. Plausibilisierung der Folgekosten.

Außerdem informiert der Stadtrechnungshof über Planungen zur Finanzierung.

Der Stadtrechnungshof kontrolliert die Projektunterlagen dabei gemäß den Kontrollmaßstäben

- a. Ordnungsmäßigkeit (insbesondere rechnerische Richtigkeit),
- b. Sparsamkeit,
- c. Wirtschaftlichkeit und
- d. Zweckmäßigkeit.

Er berichtet binnen drei Monaten dem/der zuständigen Stadtsenatsreferenten/in.

Gemäß Präsidialerlass Nr. 17/2002 - „Projektgenehmigung für Investitionsprojekte“ besteht die Möglichkeit eines zweistufigen Beschlussverfahrens.

- Im ersten Teil der Projektkontrolle führt der Stadtrechnungshof eine vorgezogene Bedarfsprüfung durch. Im Fall eines positiven Gemeinderatsbeschlusses erfolgt die Freigabe von Finanzmittel für eine detailliertere Planungsphase.
- Im zweiten Teil der Projektkontrolle plausibilisiert der Stadtrechnungshof Sollkosten- und Folgekostenberechnungen.

Der Vorteil dieser Vorgehensweise liegt in der größeren Kostensicherheit bzw. Kostenwahrheit durch detaillierterer Planunterlagen und Massenberechnungen.

2.2 Gegenstand und Umfang der Kontrolle anlässlich einer Projektabwicklungskontrolle

Führt der Stadtrechnungshof eine Projektkontrolle durch, so begleitet er dieses Projekt auch bei seiner Umsetzung (**Projektabwicklungskontrolle**). Dabei liegt das Augenmerk auf zwei Fragen:

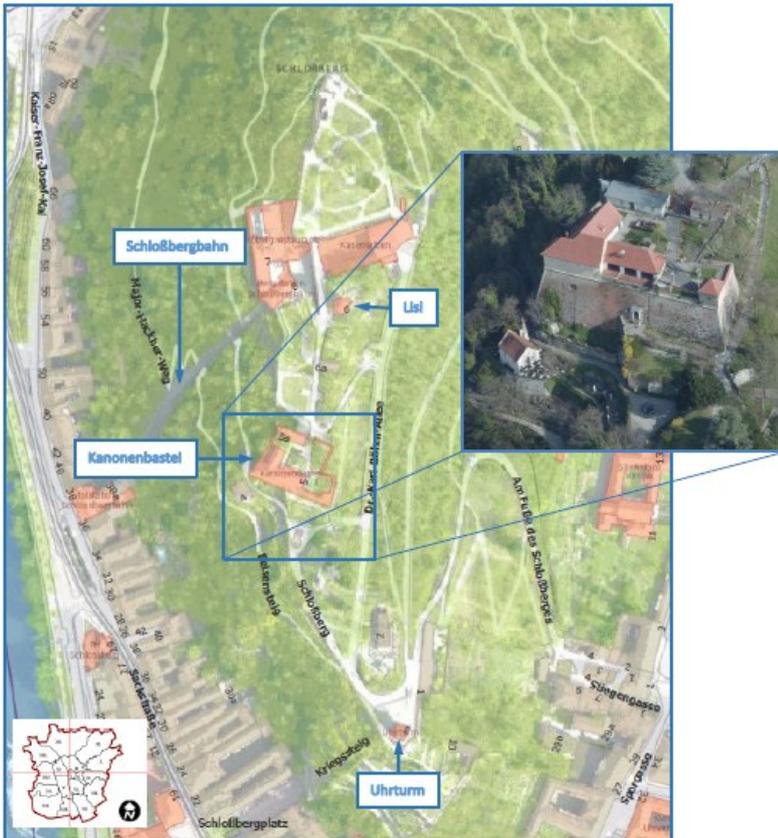
1. Entsprechen die Ist-Kosten den geplanten Soll-Kostenberechnungen?
2. Sind die internen Kontrollsysteme für die Steuerung der Projektabwicklung plausibel und effizient?

Bei einer Überschreitung der Sollkosten von mehr als 10% sind die verantwortlichen Stellen verpflichtet, dies mit einer ausführlichen Begründung dem Stadtrechnungshof zu melden („**Gesamtkostenverfolgung**“). Das Gleiche gilt für wesentliche Änderungen des Projekts während dessen Ausführung. Der Stadtrechnungshof hat dann binnen zwei Monaten dem Kontrollausschuss zu berichten.

3 Berichtsteil

3.1 Durchgeführte Projektkontrollen

3.1.1 SchloßbergMuseum



Standort Kanonenbastei bzw. zukünftiges SchloßbergMuseum
 Quelle: Magistrat Graz Stadtvermessung & ARGE Kartographie,
 Ergänzungen Stadtrechnungshof



Bauabschnitte
 Quelle: Magistrat Graz Stadtvermessung & ARGE Kartographie,
 Ergänzungen Stadtrechnungshof

3.1.1.1 Kontrollantrag

Der Kontrollantrag des für das Projekt zuständigen Stadtsenatsreferenten langte am 25. April 2018 im Stadtrechnungshof ein.

3.1.1.2 Eckdaten zum Projekt

Im April 2018 legten die zuständigen MitarbeiterInnen der Stadtmuseum Graz GmbH und der GBG die ersten Unterlagen zu dem bereits im Jahr 2013 geplanten und zum Teil 2018 adaptierten Projekt „SchloßbergMuseum“ vor.

Sie teilten dieses Projekt in 2 Hauptthemengebiete:

1. die Sanierung und Adaptierung der bestehenden Gebäude und der Gartenanlage (Jänner– Oktober 2019)
2. die Einrichtung des neuen SchloßbergMuseums (November 2019 – April 2020, geplante Eröffnung 10. Mai 2020).

Stellungnahme GBG:

1. Sanierungsarbeiten und Adaptierung der bestehenden Gebäude und der Gartenanlage (ca. Juli 2019 – Jänner 2020, Komplettierung und Fertigstellung Gartenanlage bis April 2020) statt (Jänner – Oktober 2019)
2. Einrichtung und Ausstellungsgestaltung des neuen SchloßbergMuseums (Februar 2020 – April 2020) statt (November 2019 – April 2020)

Genauer Projektzeitplan seitens GBG folgt in nächster Projektphase in Abstimmung mit der laufenden Projektvorbereitung Stadtbaudirektion und GrazMuseum.

Die Höhe der geplanten Investitionen kalkulierte der zuständige Mitarbeiter der GBG Ende Mai 2018 auf rd. 3,1 Millionen Euro brutto bzw. rd. 2,6 Millionen Euro netto. Laut Auskunft der Finanzdirektion war die Stadtmuseum Graz GmbH Vorsteuer Abzug berechtigt: *Ad Umsatzsteuerliche Beurteilung: Wenn Ausgaben/Investitionen von der GmbH getätigt werden und diese iZm deren steuerpflichtigen Einnahmen stehen, können VoSt geltend gemacht werden. Meines Wissens nach unterliegen die Eintrittsgelder der gemeinnützigen (iSd BAO) GmbH der 10%igen USt bzw. sind gegenständliche Vorleistungen dem unternehmerischen Museumsbereich der GmbH zuzurechnen.* Daher ging die Finanzdirektion bei der Finanzierung vom Nettobetrag in Höhe von 2,6 Millionen Euro aus.

3.1.1.3 Stellungnahme zum Bedarf

Der Stadtrechnungshof sah den Bedarf durch 3 Teilaspekte begründet,

1. Sanierungsbedarf sowie Schutz und Erhaltung von historischen Gebäuden/Gebäudeteilen;
2. die Grazer Altstadt als Teil des UNESCO Weltkulturerbes;
3. das Konzept und der Entschluss der Stadt den Schloßberg den Besuchern näher zu bringen und die Möglichkeit das rund um die Kanonenbastei bereits vorhandene Raum- und Platzangebot mit relativ geringen Investitionen nutzbar zu machen.

Ferner ging der Stadtrechnungshof davon aus, dass auch Schulen dieses Angebot eines SchloßbergMuseums annehmen werden. Das Erleben vor Ort konnte nach Ansicht des Stadtrechnungshofes die Geschichte rund um den Schloßberg wesentlich anschaulicher näherbringen.

3.1.1.4 Stellungnahme zu den Sollkostenberechnungen

Die GBG erstellte eine Grobkostenschätzung gegliedert gemäß ÖNORM B1801-1. Diese basierte auf einem im Jahr 2013 erstellten Kostenrahmen. Zusätzlich zu den bereits im Kostenrahmen enthaltenen Leistungen ließ die GBG im Mai 2018 ein bauhistorisches Gutachten erstellen und leitete daraus zusätzlich notwendige Sanierungs- und Adaptierungsmaßnahmen ab.

Ausdrücklich war darauf hinzuweisen, dass allfällige notwendige bauliche Maßnahmen im Bereich der Schloßbergmauern, auf denen die Kanonenbastei errichtet wurde, nicht Gegenstand dieser Grobkostenschätzung und Projektgenehmigung waren. Allfällige zusätzliche Sanierungsmaßnahmen, deren Durchführung aus Synergiegründen sinnvoll im Zuge der Baumaßnahmen zum SchloßbergMuseum wären, mussten eigens erhoben, geplant und finanziert werden.

Im Bereich Gebäudesicherheit empfahl der Stadtrechnungshof diese in Absprache mit der Bau- und Anlagenbehörde, mit dem Bundesdenkmalamt und der Altstadtsachverständigenkommission auf die eventuelle Notwendigkeit von zusätzlichen Absturzsicherungsmaßnahmen zu überprüfen.

Die Vorgehensweise der Herleitung der Grobkostenschätzung für die Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten am Bestand durch die GBG waren für den Stadtrechnungshof nachvollziehbar und plausibel. Der Umfang der geplanten Adaptierungsmaßnahmen erschien vollständig.

Im Bereich „Einrichtung Ausstellung“ budgetierten die Projektverantwortlichen hohe Kosten – rund 15 % der Gesamtsumme dieses Kostenbereiches - für das

Kuratoren- und Gestaltungshonorar. Diese Dienstleistungen sollten auf Grund der knappen Personalressourcen in der Stadtmuseum Graz GmbH extern vergeben werden. Der Stadtrechnungshof empfahl nach Möglichkeit die Dienstleistungen durch eigenes Personal zu erbringen. Sollte dies nicht möglich sein, je nach geschätzter Höhe der Dienstleistung, entweder eine Ausschreibung durchzuführen oder zumindest Vergleichsangebote einzuholen.

Die budgetierten Kosten für die rund 25 bereits vorhandenen Ausstellungstücke betrafen ausschließlich die Präsentation dieser. Dies waren Anfertigungen von Vitrinen oder anderen Präsentationsmöglichkeiten. Die geschätzten Kosten beliefen sich ca. zwischen 10.000 und 24.000 Euro pro Exponat. Wobei der Stadtrechnungshof am Siegel'schen Schloßbergmodell feststellte, dass für dieses Exponat beispielsweise bereits im GrazMuseum eigens eine Vitrine angefertigt worden war. Der Stadtrechnungshof empfahl nach Möglichkeit die bereits vorhandenen Präsentationsmöglichkeiten weiter zu verwenden.

Die weiteren geplanten hohen Ausgaben betrafen technisches Equipment wie Multimediadisplays, „Sehmaschinen“ oder Projektionen. Die Kostenschätzungen erfolgten auf Grund von Erfahrungsberichten für die Projektionen im Rahmen der „Klanglichter“ oder bei anderen Museen. Die Vorgehensweise zur Einholung von Preisauskünften war für den Stadtrechnungshof nachvollziehbar und plausibel.

3.1.1.5 *Stellungnahme zu den Folgekostenberechnungen*

Die Berechnung der Folgekosten als auch der geschätzten Einnahmen war für den Stadtrechnungshof plausibel und nachvollziehbar.

Als Folgekosten nahmen die Projektverantwortlichen jene Kosten an, die durch den laufenden Betrieb des SchloßbergMuseums verursacht würden. Die Aufwendungen schätzten die Projektverantwortlichen laut Finanzplan pro Jahr auf rund 240.000 bis 330.000 Euro ansteigend bis 2023. Der größte Posten war Personalaufwand. Die Projektverantwortlichen planten 5 zusätzliche Vollzeitäquivalente ein.

Als Einnahmen nahmen die Projektverantwortlichen Erlöse von 48.000 Euro im Jahr 2020 mit jährlichen Steigerungen bis 2023 auf 128.000 Euro pro Jahr an. Diese Schätzung erfolgte unter der Annahme einer ganzjährigen Öffnung und einem Eintrittspreis von 2 Euro pro Besucher.

Der Stadtrechnungshof konnte die Schätzung der Besucheranzahl des Museums nachvollziehen. Einerseits war der geplante Eintrittspreis mit 2 Euro niedrig und konnte ein zusätzliches Kriterium sein, neue und zusätzliche Besucher gewinnen zu können. Andererseits veröffentlichten auch im Jahr 2017 Experten des steirischen Tourismus eine Auswertung, in der der Grazer Schloßberg mit rund 900.000 Besuchern jährlich, gezählt an Fahrten mit dem Lift und der Schloßbergbahn, die

beliebteste steirische Sehenswürdigkeit war.

Im Bereich der geschätzten Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom, Versicherung usw.) gab der Stadtrechnungshof zu bedenken, dass diese mit rund 5.000 Euro jährlich, etwas zu gering kalkuliert sein konnten.

3.1.1.6 Stellungnahme zur geplanten Finanzierung

Laut Auskunft der Finanzdirektion war die Graz Museum GmbH Vorsteuer Abzug berechtigt, daher mussten 2,6 Millionen Euro finanziert werden. Die Finanzierung erfolgte mit rd. 1,1 Millionen Euro durch die Schenkung und dem Vermächtnis einer Grazer Bürgerin sowie einem nicht steuerbaren Gesellschafterzuschuss der Stadt Graz an die Stadtmuseum Graz GmbH in Höhe von rd. 1,5 bis 1,6 Millionen Euro.

Bis zum Ende dieser Kontrolle im Juni 2018 lag dem Stadtrechnungshof kein Entwurf eines Gemeinderatsberichtes (weder zur Genehmigung noch zur Finanzierung) zu diesem Projekt vor.

Auf die generell angespannte Finanzlage der Stadt Graz sowie auf das Erfordernis, Investitionsvorhaben auf das absolut notwendige Mindestmaß, z.B. Investitionen nur auf Grund gesetzlicher Vorgaben zu beschränken, war an dieser Stelle hinzuweisen.

3.2 Nicht zeitgerecht durchführbare Projektkontrollen

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juli 2018² erteilte der Gemeinderat mehrheitlich die Projektgenehmigung zur 1. Umsetzungsphase der Absenkung des Augartens und zur Errichtung von Bootsanlegestellen für eine Personenschiffahrt auf der Mur. Beide Projekte waren Inhalt des Projektes „Lebensraum Mur“. Die Kosten dieser Teilprojekte budgetierte die Abteilung für Grünraum und Gewässer bzw. die Holding Graz mit 3,38 Millionen Euro.

Nach Vorliegen entsprechender detaillierter und kontrollierbarer Unterlagen, führt der Stadtrechnungshof eine nachträgliche Projektkontrolle durch und wird den nachträglich erstellten Kontrollbericht dem Kontrollausschuss zur Information vorlegen.

² [Link zum Gemeinderatsstück vom 5. Juli 2018](#)

3.3 Begonnene Projekte im 3. Quartal 2018

Folgende Projekte begannen im 3. Quartal 2018:

Nr.	Projekt	Projektsumme in Euro Anteil Haus Graz*	Projektsumme in Euro gesamt*	Baubeginn	geplante Fertigstellung
1	IT-Ausbau an Grazer Pflichtschulen	2.516.000	2.516.000	Sommer 2018	Ende 2019
2	Reininghaus - Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkyastraße	13.610.000	13.610.000	September 2018	Ende 2019



* Projektsumme auf tausend Euro gerundet

3.4 Baulich abgeschlossene Projekte

Die unten angeführten Projekte waren baulich umgesetzt. Teilweise waren noch Schlussrechnungen ausständig oder es lagen dem Stadtrechnungshof keine Aufstellungen hinsichtlich eines endgültigen Projektabschlusses vor bzw. war eine Kontrolle der Endabrechnung aus Kapazitätsengpässen im Stadtrechnungshof nicht umgesetzt. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung kontrollierte der Stadtrechnungshof das Projekt Errichtung einer Dreifach-Sporthalle am Standort des BIG/BORG HIB Liebenau.

Nr.	Projekt	Fachabteilung	GRB	Projektsumme in Euro Anteil Haus Graz*	Projektsumme in Euro gesamt*	
1	Verlängerung Straßenbahnlinie Linie 7 sowie Umgestaltung und Neuorganisation Riesplatz und Ausbau und Umgestaltung der Landesstraßen B6S und L324	Holding Graz, A 10/BD	19.09.2013	20.451.000	27.151.000	
2	Bildungscampus Algersdorf - Neubau Volksschule	ABI, GBG	12.06.2014	14.000.000	14.000.000	
3	Ausbau Volksschule Peter Rosegger	ABI, GBG	12.06.2014	3.700.000	3.700.000	
4	Ausbau Volksschule Viktor Kaplan	ABI, GBG	12.06.2014	3.500.000	3.500.000	
5	Ausbau Volksschule Straßgang	ABI, GBG	22.10.2015	6.200.000	6.200.000	
6	Baumaßnahmen Sturzgasse 5-7	Holding Graz, GBG	14.11.2013	15.850.000	15.850.000	
7 *	Pflegewohnheim Andritz	GGZ	05.07.2012	16.883.000	16.883.000	
8	Betreubares Wohnen+ in der Theodor-Körner-Straße 65	GGZ, A 10/BD	17.12.2015	4.155.000	4.155.000	
9	Eishalle Graz Liebenau - Generalsanierung und Fußballstadion ehemalige UPC-Arena - Umbaumaßnahmen	Gesellschaft*, GBG	22.01.2015	12.500.000	25.000.000	
10	Errichtung einer Dreifach-Sporthalle am Standort des BG/BORG HIB-Liebenau	A 13, A 10/BD	20.10.2011	3.867.000	8.378.000	
11	Ankauf von vier Hilfeleistungslöschfahrzeugen	FW	19.04.2012	1.216.000	1.700.000	
12	Südgürtel - Grundeinlöse	A 8/4	17.11.2011	25.000.000	25.000.000	
Summe abgeschlossene Projekte				127.322.000	151.517.000	

* Projektsumme auf tausend Euro gerundet

* Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs- und VerwaltungsGmbH

7 * Mietkaufmodell

Fotos baulich abgeschlossener Projekte:

- 1) Verlängerung Straßenbahnlinie 7 sowie Umgestaltung und Neuorganisation Riesplatz und Ausbau und Umgestaltung der Landesstraßen B65 und L324 (Fotos StRH)



Blick Richtung Straßenbahn- Endhaltestelle NEU

- 2) Bildungscampus Algersdorf - Neubau Volksschule (Fotos StRH)



Außenansicht Zubau



Klasse



Turnsaal

3) Ausbau Volksschule Peter Rosegger (Fotos StRH)



Außenansicht



Gang



Klasse



Dachterrasse

4) Ausbau Volksschule Viktor Kaplan (Fotos StRH)



Außenansicht Zubau



Klasse



Abgang

5) Ausbau Volksschule Straßgang (Fotos StRH)



Außenansicht Zubau



Turnsaal

6) Baumaßnahmen Sturzgasse 5-7 (Fotos StRH)



Außenansicht Werkstätten



Innenansicht

7) Pflegewohnheim Andritz (Fotos StRH)



Außenansicht



8) Betreubares Wohnen+ in der Theodor-Körner-Straße 65 (Fotos StRH)



Außenansicht



Innenansicht

9) Eishalle Graz Liebenau – Generalsanierung und Fußballstadion ehemalige UPC-Arena – Umbaumaßnahmen (Fotos StRH)



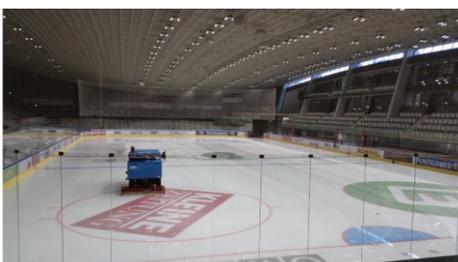
Eingangsbereich



VIP-Bereich



Eispiste



Rasen „Neu“



Umbau d. Tribüne in Stehplatzsektor

10) Errichtung einer Dreifach-Sporthalle am Standort des BG/BORG HIB Liebenau (Fotos StRH)



Logo Blue Box



Dreifachsporthalle „Blue Box“



Außenanlage



Spielfeld

11) Ankauf von vier Hilfeleistungslöschfahrzeugen (Fotos FW)



HLF 3000



3.5 Projekte in Planung

Nr.	Projekt	Fachabteilung	GRB	Projektsumme in Euro Anteil Haus Graz*	Projektsumme in Euro gesamt*	
1	Masterplan Sturzgasse-Recyclingcenter Neu	Holding Graz, GBG	12.04.2018	14.770.000	14.770.000	
2	Errichtung von Gemeindewohnungen Siedlungs- areal Am Grünanger 1. Realisierungsabschnitt	Wohnen Graz	19.10.2017	5.450.000	5.450.000	
3*	SchloßbergMuseum	Stadtmuseum Graz GmbH, GBG	20.09.2018	1.500.000	2.600.000	
4	Haus Graz "Graz baut aus"- Quartier Steyrergasse Süd; Grundsatzbeschluss	Holding Graz, GBG	17.12.2015	102.000.000	102.000.000	
5	Straßenbahnbindung Smart City Project Graz Mitte - Wagner - Biro- Straße Gesamtkosten laut Motivebericht: rd. 17,8 Millionen Euro	Holding Graz, A 10/BD	09.07.2015	1.324.000	1.324.000	
6	Straßenbahnbindung Reininghaus-Einreichplanung Gesamtkosten lt. Projektgenehmigung vom 08.02.2018: 44,18 Millionen Euro	Holding Graz, A 10/BD	19.09.2013	2.500.000	2.500.000	
7	Straßenbahnausbau-Innenstadtflechtung Neutorgasse Gesamtkosten laut Motivebericht: rd. 27,0 Millionen Euro	Holding Graz, A 10/BD	19.10.2017	1.527.000	1.527.000	
8	Errichtung der Bahnunterführung GW2a Josef-Huber-Gasse Gesamtkosten lt. Fachamt: rd. 29,2 Millionen Euro	A 10/BD	13.11.2014	2.750.000	2.750.000	
9	Errichtung Reininghauspark und Grünachse - Abschnitt 1 Gesamtkosten laut Motivebericht: rd. 6,0 Millionen Euro	A 10/5	14.12.2017	282.000	282.000	
10	Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulstandorten der Stadt Graz	ABI, GBG	14.06.2018	6.300.000	6.300.000	
11	Streetwork und Kontaktladen	A7	17.05.2018	2.550.000	2.550.000	
Summe Projekte in Planung				140.953.000	142.053.000	

* Projektsumme auf tausend Euro gerundet

3* Die Höhe des Kostenanteils des Hauses Graz von rd. 1.500.000 Euro ist abhängig vom Verwertungserlös aus einer Erbschaft

In den nachfolgenden Kapiteln stellt der Stadtrechnungshof die zuvor dargestellten Projekte im Detail dar.

3.5.1 Masterplan Sturzgasse – Recyclingcenter NEU



Um künftig eine Modernisierung, Weiterentwicklung und Optimierung des Betriebsstandortes Sturzgasse sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Masterplan Sturzgasse.

Projektgenehmigung:	12. April 2018 ³
Fertigstellung:	2022
Kostenanteil Haus Graz:	14.770.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	14.770.000 Euro

Das Gesamtprojekt Masterplan Sturzgasse Neu war in zwei Realisierungsabschnitte aufgeteilt.

Das gegenständliche Projekt Masterplan Sturzgasse – Recyclingcenter Neu betraf den zweiten Realisierungsabschnitt mit einem genehmigten Budget von 14,77 Millionen Euro.

Nicht umgesetzte Leistungen aus dem ersten Realisierungsabschnitt waren dem zweiten Realisierungsabschnitt zugeordnet. Im Motivenbericht an den Gemeinderat waren für den zweiten Realisierungsabschnitt einschließlich der nicht umgesetzten Anteile aus dem ersten Realisierungsabschnitt 19,582 Millionen Euro genannt.



Übersichtsplan - Masterplan Sturzgasse NEU
Quelle: Holding Graz

³ [Link zum Gemeinderatsstück vom 12. April 2018](#)

Der Masterplan Sturzgasse Neu beinhaltet nachfolgende Maßnahmen:

- **Logistik Abfallwirtschaft:** In diesem Bereich waren zu den bisherigen Aufgaben zusätzlich die Sammlung von Abfällen aus Gewerbebetrieben sowie die Sammlung von Verpackungsabfällen im Stadtgebiet von Graz und im Bezirk Graz-Umgebung geplant. Durch den daraus resultierenden Personalanstieg und den Anstieg an LKWs waren diverse Umbau- und Adaptierungsarbeiten wie z.B. ein Ausbau von Mannschaftsräumen notwendig.
- **Abfallbehandlung:** Nach der Umsiedlung des Privatanlieferbereiches vom nördlichen in den südlichen Teil der Sturzgasse waren diverse Adaptierungen für den Betriebsverkehr notwendig.
- **Recyclingcenter NEU:** Errichtung eines neuen Privatanlieferbereichs im südlichen Teil der Sturzgasse für die Grazer Bürgerinnen und Bürger. Das neue Recyclingcenter wies eine geplante Erweiterung der Spitzenkapazität für den kostenpflichtigen Bereich um ca. 25% aus. Zusätzlich war im Bereich der Abfallbehandlung ein Zwischenlager geplant.
- **Allgemein:** Um- und Adaptierungsarbeiten an den bestehenden Mannschaftsräumen (Kommunalwerkstätten und Stadtraum) sowie Errichtung des Verwaltungsbereichs Stadtraum.
- **Kommunalwerkstätte:** Errichtung im Zuge des ersten Realisierungsabschnitts inklusive eines Verwaltungsbereichs.
- **Stadtraum:** Umsiedlung und Errichtung von teilweise überdachten Abstellflächen für Kommunalfahrzeuge und –aufbauten.

Das Projekt Masterplan Sturzgasse – Recyclingcenter Neu befand sich mit Ausnahme von Abbrucharbeiten in der Planungsphase.

Der Baubeginn war für Mai 2019 geplant. Die geplante Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof war mit dem Meilensteinterminplan aus dem Motivenbericht an den Gemeinderat abgestimmt.



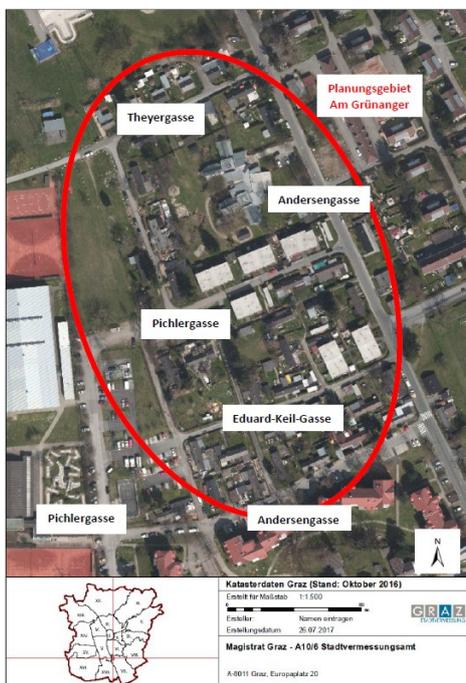
3.5.2 Errichtung von Gemeindewohnungen Siedlungsareal Am Grünanger 1. Realisierungsabschnitt

Auf Grund der steigenden Nachfrage an Gemeindewohnungen, beschloss der Gemeinderat die Errichtung von Gemeindewohnungen-Siedlungsareal Am Grünanger (1. Realisierungsabschnitt).

Projektgenehmigung:	19. Oktober 2017 ⁴
Fertigstellung:	derzeit nicht abschätzbar (diverse Einsprüche)
Kostenanteil Haus Graz:	5.450.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	5.450.000 Euro

Für die, im Zuge des 1. Bauabschnittes geplante Errichtung von 13 städtischen Wohnhäusern, mit insgesamt 60 Wohneinheiten im Siedlungsareal Am Grünanger veranschlagte der Eigenbetrieb Wohnen Graz 5,45 Millionen Euro netto. Der Baubeginn der Errichtung der Gemeindewohnungen war im Laufe des Jahres 2018 geplant.

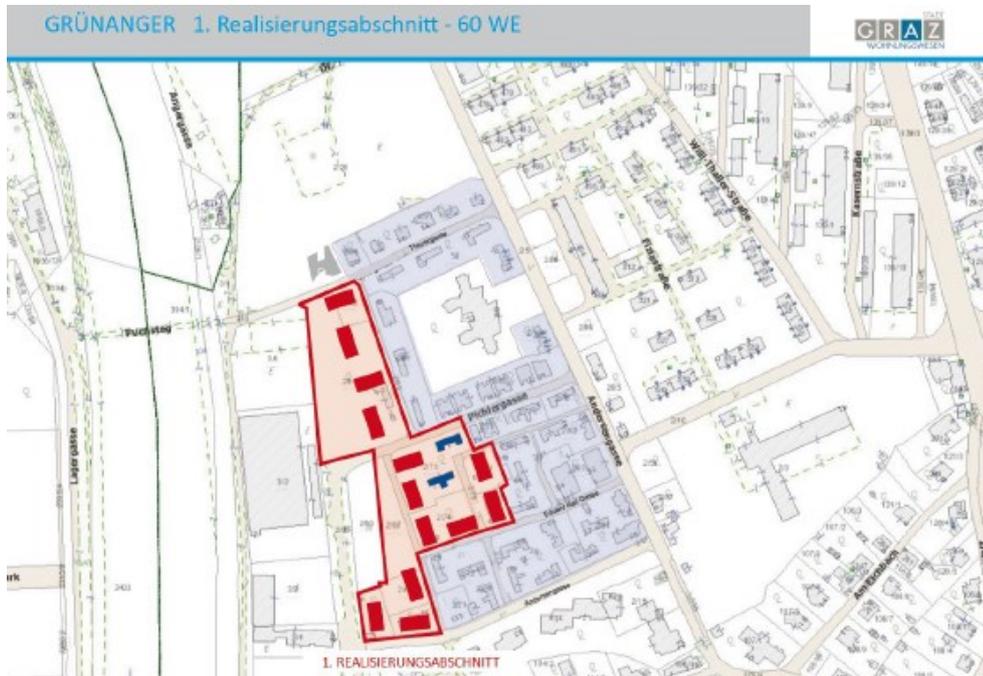
Die folgende Grafik zeigt den Lageplan – Planungsgebiet Am Grünanger:



Quelle: Magistrat Graz-Stadtvermessungsamt-Geodaten
Ergänzungen: Stadtrechnungshof

⁴ [Link zum Gemeinderatsstück vom 19. Oktober 2017](#)

1. Realisierungsabschnitt



Quelle: Eigenbetrieb Wohnen Graz

Das Projekt Errichtung von Gemeindewohnungen Siedlungsareal Am Grünanger (1. Realisierungsabschnitt) befand sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung infolge diverser Einsprüche in der Bebauungsplanung.

Die Rechtskraft des Bebauungsplanes lag nicht vor. Ein Projektstart war frühestens im Jahr 2019 möglich.

Der Beginn der Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof war mit dem noch nicht vorliegenden Projektierungszeitplan abzustimmen.

3.5.3 SchloßbergMuseum



Aufgrund des Sanierungsbedarfs des Bestands und des Entschlusses der Stadt Graz den Schloßberg den Besuchern näher zu bringen, beschloss der Gemeinderat das Projekt SchloßbergMuseum.

Projektgenehmigung:	20. September 2018 ⁵
Fertigstellung:	2020
Kostenanteil Haus Graz:	rd. 1.500.000 Euro (abhängig vom Verwertungserlös aus einer Erbschaft)
Gesamtkosten:	2.600.000 Euro

Das Projekt SchloßbergMuseum beinhaltet Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten am Bestand sowie die Ausstellungsgestaltung.

Die Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten betrafen nachfolgende Bereiche:

- Kanonenhalle (Innenräume und Fassade im Erdgeschoss),
- Kanonenhütte (Innenräume und Fassade im Erdgeschoss),
- Kasematte (Innenraum im Untergeschoss),
- Servicegebäude (Innenräume und Fassade),
- Kiosk (Innenräume und Fassade) sowie
- Außenanlagen der Kanonenbastei.



Bauabschnitte

Quelle: Magistrat Graz Stadtvermessung & ARGE Kartographie, Ergänzungen Stadtrechnungshof

⁵ [Link zum Gemeinderatsstück vom 20. September 2018](#)

Die Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten beim Projekt SchloßbergMuseum waren laut Motivenbericht an den Gemeinderat ab Juli 2019 vorgesehen.

Die geplante Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof war mit dem Grobzeitplan aus dem Motivenbericht an den Gemeinderat abgestimmt.

3.5.4 Haus Graz „Graz baut aus“ - Quartier Steyrergasse Süd



Aufgrund des in Zukunft notwendigen Ausbaus der Straßenbahnkapazitäten und der Schaffung eines zentralen Standortes für Einrichtungen des Hauses Graz, beschloss der Gemeinderat das Projekt Haus Graz „Graz baut aus“- Quartier Steyrergasse Süd.

Projektgenehmigung:	17. Dezember 2015 ⁶
Fertigstellung:	2025
Kostenanteil Haus Graz:	102.000.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	102.000.000 Euro

Gemäß Bericht an den Gemeinderat vom 17. Dezember 2015 veranschlagte die Holding Graz im Zuge einer Grobkostenschätzung 102 Millionen Euro netto für:

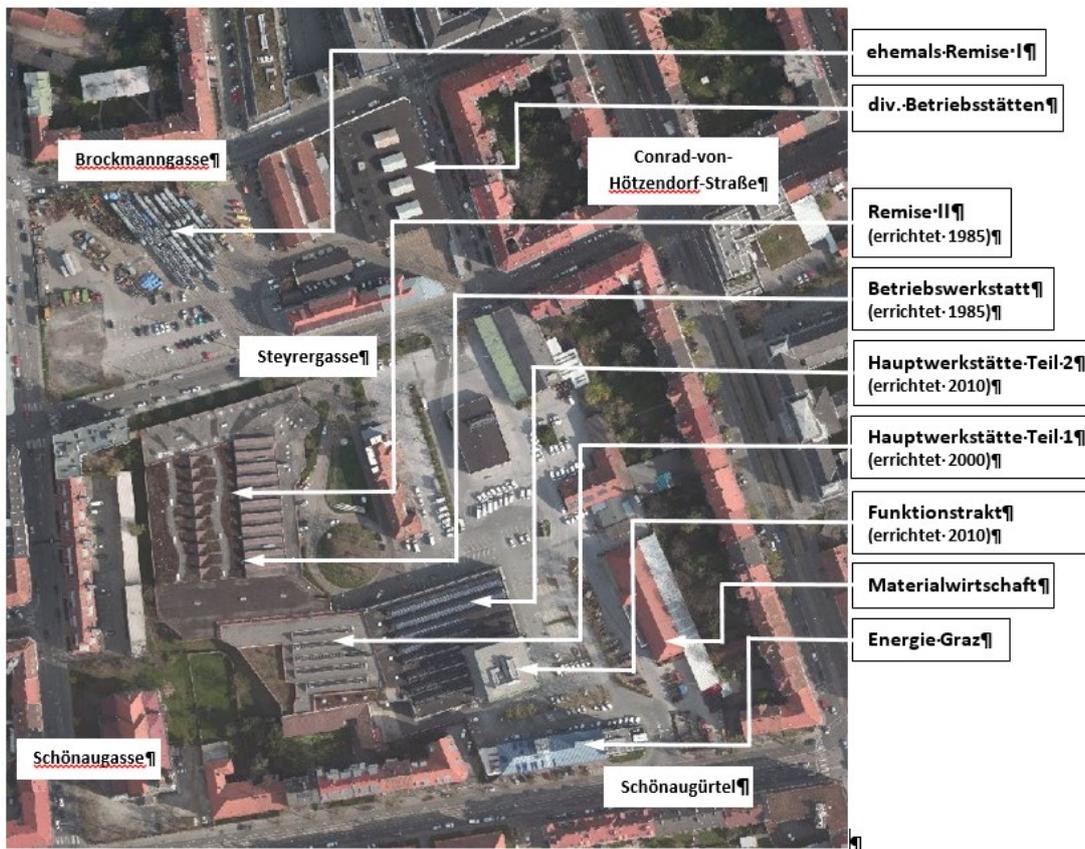
- die Standortoptimierung der Holding Graz, d.h.
 - Verlängerung der Remise II nach Norden,
 - Errichtung einer Infrastrukturwerkstätte mit einer Unterflurdrehmaschine für die in Zukunft geplanten langen Straßenbahngarnituren und
 - Errichtung einer Abstellhalle für mindestens 44 lange Straßenbahngarnituren inklusive einer darunterliegenden Tiefgarage für den Fuhrpark der Holding Graz bzw. der Holding Graz Linien im westlichen Teil des Areals
- die teilweise Überbauung der neu errichteten Straßenbahnabstellhalle im Zuge der Stadtteilentwicklung des Hauses Graz (Zusammenfassung dislozierter Einrichtungen an einem Standort).

Für die Realisierung des Gesamtprojektes war ein voraussichtlicher Zeitrahmen bis zum Jahr 2025 vorgesehen.

Die folgenden Abbildungen zeigen

- den Standort der Holding Graz im Bereich der Steyrergasse,
- die Altlast ST28 Gaswerk Jakomini sowie
- den geplanten Ausbau des Standorts zwischen der Steyrergasse und dem Schönaugürtel.

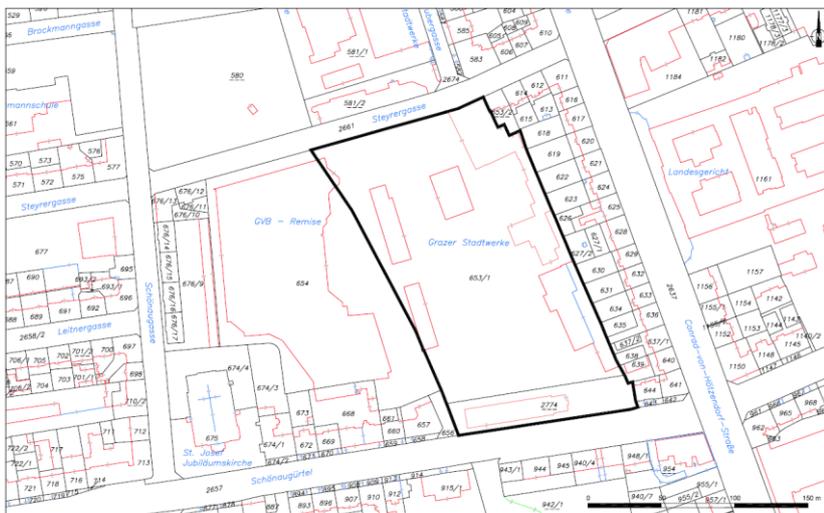
⁶ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. Dezember 2015](#)



Lageplan Areal Holding Graz zwischen Steyrergasse und Schönaugürtel
 Quelle: Magistrat Graz Stadtvermessung/Online Services;
 ergänzende Anmerkungen Stadtrechnungshof (Basis Unterlagen Holding Graz)

Altlast ST 28: Gaswerk Jakomini

Betroffene Grundstücke lt. DKM vom 7.11.2012: 653/1, 2774

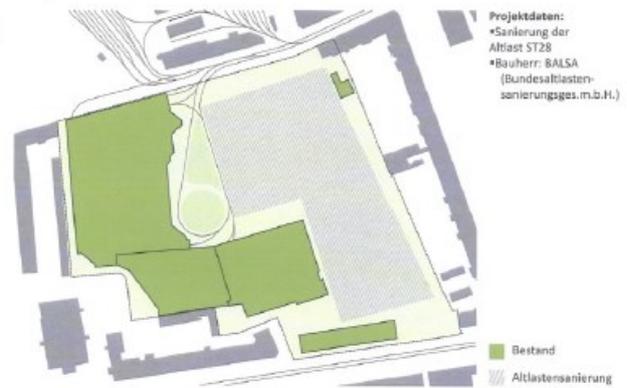


Altlast ST 28: Gaswerk Jakomini-betroffene Grundstücke
 Quelle: Umweltbundesamt-Altlast ST28: Gaswerk Jakomini

Bauphase 1 – Verlängerung der Remise



Bauphase 2 – Grabungsarbeiten zur Altlastensanierung durch BALS



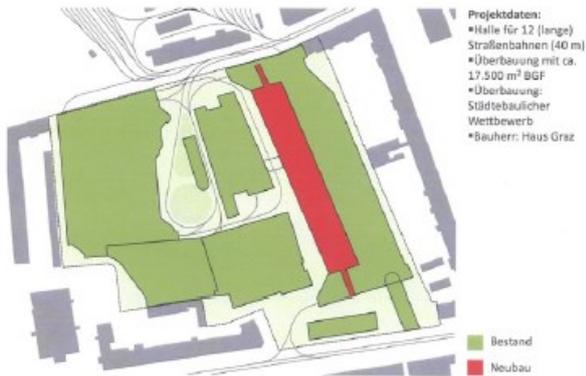
Bauphase 3a – Neubau Infrastrukturwerkstätte



Bauphase 3b – Abstellhalle ohne Überbau



Bauphase 4 – Abstellhalle und Haus Graz-Überbauung



Bauphase 5 – Front Schönaugürtel



Geplante Bauphasen „Quartier Steyergasse Süd“
Quelle: Unterlagen Holding Graz

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung befand sich das Projekt Haus Graz „Graz baut aus“ - Quartier Steyrergasse Süd in der Planungsphase.

Der Stadtrechnungshof führte bei diesem Projekt eine vorgezogene Bedarfskontrolle durch (erster Teil der Projektkontrolle). Im zweiten Teil der Projektkontrolle kontrolliert der Stadtrechnungshof Sollkosten- und Folgekostenberechnungen sowie die geplante Finanzierung. Eine Projektabwicklungskontrolle führt der Stadtrechnungshof auf Grundlage einer Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt (Planungsphase und Bauphase) durch.

3.5.5 Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte – Waagner-Biro-Straße



Um künftig eine öffentliche Verkehrserschließung des Projektgebiets Smart City - Waagner-Biro sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte-Waagner-Biro- Straße.

Projektgenehmigung:	9. Juli 2015 ⁷
Fertigstellung (Planung):	Ende 2018
Kostenanteil Haus Graz:	1.324.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	1.324.000 Euro

Mit Inkrafttreten des Verkehrsfinanzierungsvertrages 2 war der Projektanteil „Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte-Waagner-Biro-Straße“ nicht mehr Teil des Projektes „Straßenbahnlinie Südwest-Planungsbeschluss“ sondern dem „Verkehrsfinanzierungsvertrag 2“ zugeordnet.

Für die Realisierung des gegenständlichen Projektes waren 2 Phasen vorgesehen.

Phase 1 (Planungsphase):

- Erstellung der eisenbahn- und straßenrechtlichen Einreichplanung;
- Erwirken der eisenbahn- und straßenrechtlichen Baugenehmigung bzw. sonstiger notwendiger behördlicher Genehmigungen und Bescheide;
- Erstellung der Detailplanung, Ausschreibungsplanung und Ausschreibung;
- Abschluss sonstiger - hinsichtlich einer möglichst raschen Baudurchführung - erforderlicher Übereinkommen und Verträge;
- Untergrunderkundungen, Bestandsvermessung, sonstige erforderliche Untersuchungen/Gutachten.

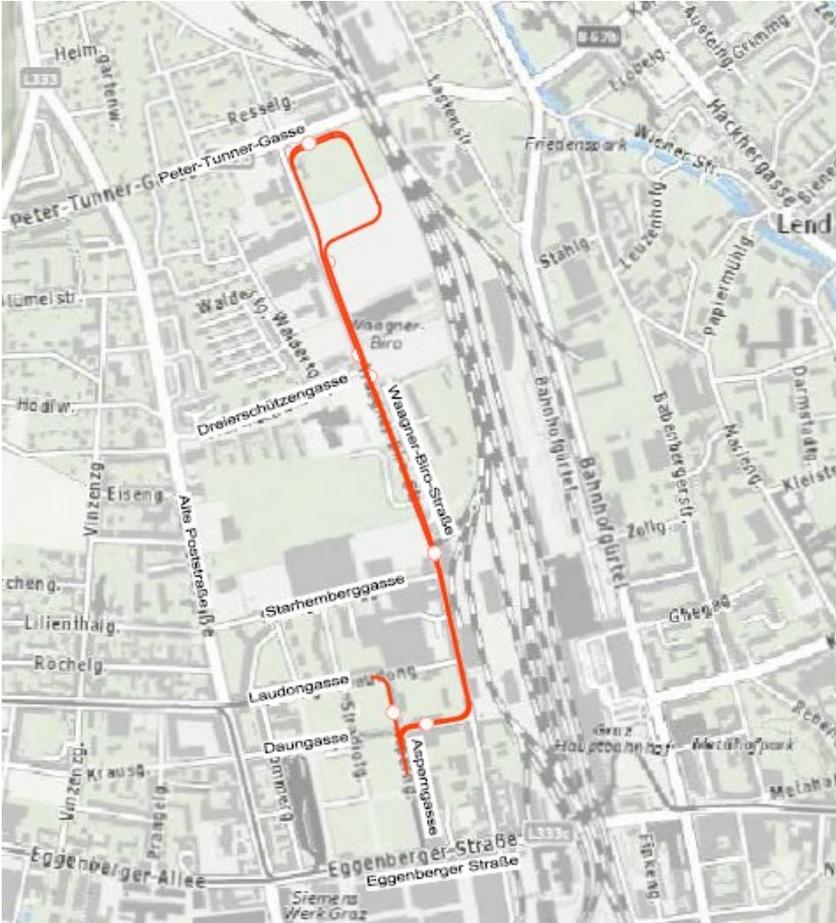
Phase 2 (Bauphase):

- Durchführung der Bauausschreibungen;
- Durchführung der Leitungsverlegungen;
- Durchführung der Bauarbeiten.

Das gegenständliche Projekt betraf die Phase 1. Die folgende Abbildung zeigt einen Überblick über den Verlauf der geplanten Straßenbahnanbindung Smart City.

⁷ [Link zum Gemeinderatsstück vom 9. Juli 2015](#)

- **ÖV-Anbindung Smart City Graz - Wagner-Biro**



Übersichtskarte Streckenplanung Straßenbahnlinie Smart City
Quelle: Einreichprojekt 2017 eisenbahnrechtliches Verfahren

Das Projekt Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte – Wagner-Biro-Straße befand sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung in der Planungsphase.

Der Gesamtkostenrahmen (Planungsphase und Bauphase) war im Motivenbericht an den Gemeinderat mit rd. 17,8 Millionen Euro beziffert.

Der Stadtrechnungshof führte bei diesem Projekt eine vorgezogene Bedarfskontrolle durch (erster Teil der Projektkontrolle). Im zweiten Teil der Projektkontrolle kontrolliert der Stadtrechnungshof Sollkosten- und Folgekostenberechnungen sowie die geplante Finanzierung.

Der Stadtrechnungshof wird eine Projektabwicklungskontrolle auf Grundlage einer Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt (Planungsphase und Bauphase) durchführen.

3.5.6 Straßenbahnanbindung Reininghaus - Einreichplanung



Um künftig eine öffentliche Verkehrserschließung des Reininghaus-Areals sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Straßenbahnanbindung Reininghaus – Einreichplanung.

Projektgenehmigung:	19. September 2013 ⁸
Fertigstellung:	Ende 2018
Kostenanteil Haus Graz:	2.500.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.500.000 Euro

Mit Inkrafttreten des Verkehrsfinanzierungsvertrages 2 war der Projektanteil „Straßenbahnanbindung Reininghaus-Einreichplanung“ nicht mehr Teil des Projektes „Verkehrserschließung Reininghaus“ sondern dem „Verkehrsfinanzierungsvertrag 2“ zugeordnet.

Geplant war die Straßenbahntrasse abweigend vom Bestand in der Eggenberger Straße, über die Alte Poststraße unter Nutzung der bestehenden GKB-Bahnunterführung zur Reininghausstraße zu führen. Danach war die Errichtung der Straßenbahntrasse auf einer eigenen Trasse zwischen der Alten Poststraße und der Brauhausstraße in Richtung Süden in die Wetzelsdorfer Straße und weiter zur Wendeschleife im nördlichen Bereich des Areals der ehemaligen Hummelkaserne vorgesehen. Die geplante Streckenlänge erstreckte sich auf rund 1,8 km. Es waren 4 Haltestellen inklusive Endhaltestelle vorgesehen.

Im nördlichen Abschnitt zwischen Eggenberger Straße und Reininghausstraße war der bestehende Straßenraum auf bis zu 3 Meter abzusenken. Die im nördlichen Abschnitt befindlichen Leitungen waren zum größten Teil neu zu planen und zu verlegen. Um in diesem Abschnitt die Führung der Straßenbahn im Mischverkehr zu ermöglichen, war ein Ausbau der Alten Poststraße zwischen der Eggenberger Straße und der Reininghausstraße ebenso erforderlich wie eine entsprechende Verkehrslichtsignalanlage-Regelung der Kreuzungsbereiche Eggenberger Straße – Alte Poststraße, Alte Poststraße – Köflacher Gasse und Alte Poststraße – Reininghausstraße.

Die folgende Grafik zeigt im Überblick den Streckenverlauf der zukünftigen Straßenbahnanbindung Reininghaus.

⁸ [Link zum Gemeinderatsstück vom 19. September 2013](#)

Der Abschluss des Projektes Straßenbahnanbindung Reininghaus - Einreichplanung war für Ende 2018 geplant.

Die Projektgenehmigung (Bauphase) des gegenständlichen Projektes erfolgte am 8. Februar 2018⁹ in einem Ausmaß von 44,178 Millionen Euro. Der Baubeginn war für Anfang des Jahres 2019 und die Gesamtfertigstellung für Ende des Jahres 2021 geplant.

Eine Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof war zum Zeitpunkt der Berichtserstellung eingerichtet.

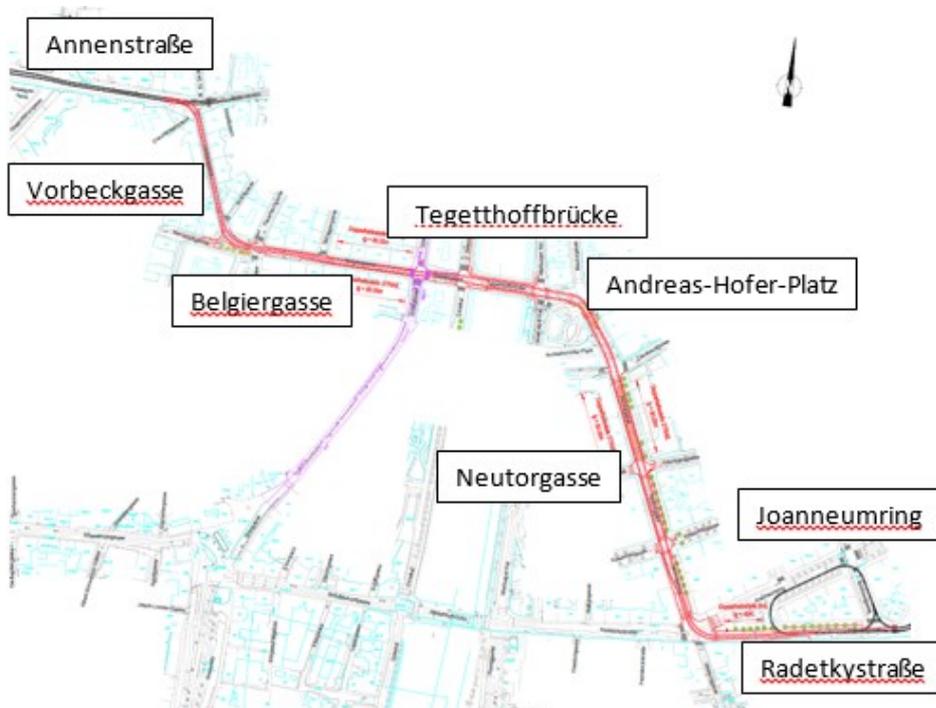
⁹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 8. Februar 2018](#)

3.5.7 Straßenbahnausbau – Innenstadtentflechtung Neutorgasse



Aufgrund von bestehenden „Kapazitätsengpässen“ im Bereich der Herrengasse, beschloss der Gemeinderat die Planungsmittel für das Projekt Straßenbahnausbau – Innenstadtentflechtung Neutorgasse.

Projektgenehmigung:	19. Oktober 2017 ¹⁰
Fertigstellung (Planung):	2021
Kostenanteil Haus Graz:	1.527.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	1.527.000 Euro



Übersichtslageplan Streckenführung Innenstadtentflechtung

Quelle: Vorstudie Alternativvarianten zur Straßenbahn-Südwestlinie

Laut Motivenbericht an den Gemeinderat war die Projektumsetzung in zwei Phasen geplant.

Phase 1:

- Erstellung der eisenbahn- und straßenrechtlichen Einreichplanung;
- Erwirken der eisenbahn-, und straßenrechtlichen Baugenehmigung bzw. sonstiger notwendiger behördlicher Genehmigungen und Bescheide;
- Erstellung der Detailplanung, Ausschreibungsplanung und Ausschreibung;

¹⁰ [Link zum Gemeinderatsstück vom 19. Oktober 2017](#)

- Abschluss sonstiger – hinsichtlich einer möglichst abgestimmten Baudurchführung – erforderlicher Übereinkommen und Verträge;
- Untergrunderkundung, Bestandsvermessung, sonstige erforderliche Untersuchungen / Gutachten.

Phase 2:

- Durchführung Bauausschreibungen;
- Durchführung der Leitungsverlegungen;
- Durchführung der Bauarbeiten.

Das Projekt Straßenbahnausbau – Innenstadtentflechtung befand sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung in der Planungsphase.

Die Gesamtkosten für die Streckenführung der geplanten Innenstadtentflechtung über die Tegetthoffbrücke war im Motivenbericht an den Gemeinderat mit rd. 27,0 Millionen Euro beziffert.

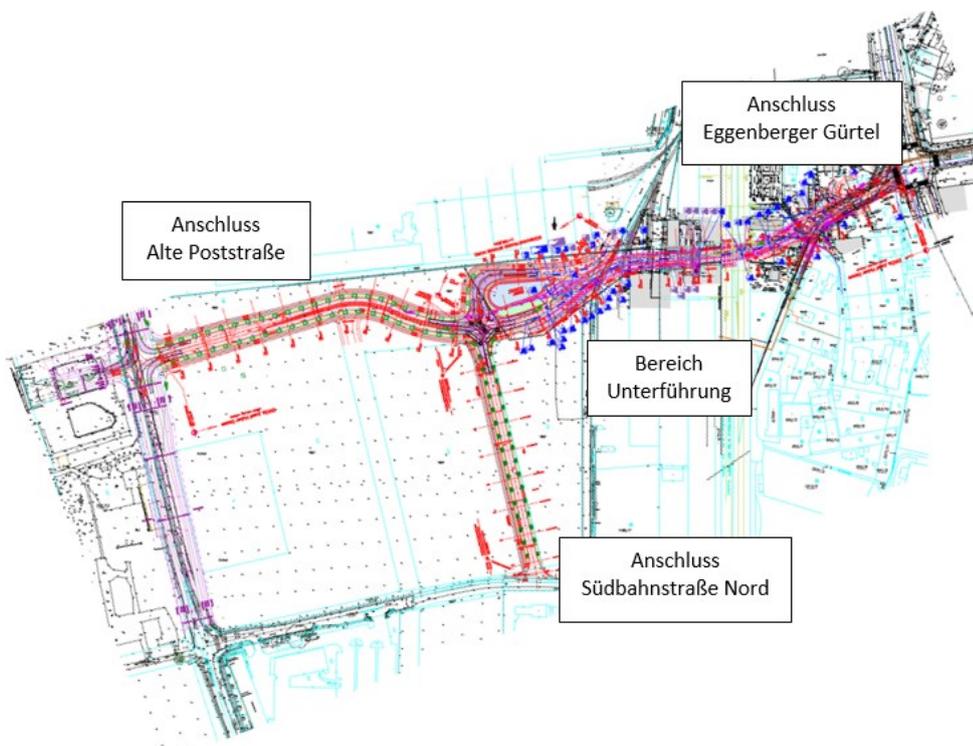
Der Stadtrechnungshof führte bei diesem Projekt eine vorgezogene Bedarfskontrolle durch (erster Teil der Projektkontrolle). Im zweiten Teil der Projektkontrolle kontrolliert der Stadtrechnungshof Sollkosten- und Folgekostenberechnungen sowie die geplante Finanzierung. Der Stadtrechnungshof wird eine Projektabwicklungskontrolle auf Grundlage einer Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt (Planungsphase und Bauphase) durchführen.

3.5.8 Errichtung der Bahnunterführung GW2a Josef-Huber-Gasse

Um eine Erschließung des Reininghaus-Areals in Ost-West-Richtung sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat Planung und Grundeinlösen für die Errichtung einer Bahnunterführung im Verlauf der Josef-Huber-Gasse.



Projektgenehmigung:	13. November 2014 ¹¹
Fertigstellung (Planung):	offen (abhängig vom Abschluss des Umweltverträglichkeitsverfahrens)
Kostenanteil Haus Graz:	2.750.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.750.000 Euro



Übersichtslageplan Unterführung GW2a¹² Josef-Huber-Gasse

Quelle: Stadtbauverwaltung Umweltverträglichkeitserklärung
Ergänzungen Stadtrechnungshof

Das gegenständliche Projekt verlängerte die derzeit am Eggenberger Gürtel

¹¹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 13. November 2014](#)

¹² Bei der Bahnunterführung GW2a handelte es sich um eine Unterführung der ÖBB Trasse und des Betriebsgeländes und des Anschlussgleises der Marienhütte im Zuge der Koralm Bahn Graz – Klagenfurt, Abschnitt Graz – Werndorf (GW), Bereich Graz Hauptbahnhof – Graz Puntigam.

endende Josef-Huber-Gasse um rd. 680 Meter Richtung Westen bis zur Alten Poststraße. Dies erforderte eine knapp 142 Meter lange Unterführung (rd. 250 Meter Länge inklusive der für die Unterführung notwendigen Rampen) der viergleisigen Süd- und Koralmbahn und des unmittelbar angrenzenden Areals der Marienhütte (Sozialgebäude, Betriebsgelände und Anschlussgleis)¹³.

Neben dieser Unterführung waren diverse weitere Ausbaumaßnahmen und Anschlussarbeiten an bestehende Straßen im Reininghaus-Areal einschließlich eines erhöhten Geh- und Radweges auf der südlichen Seite des Unterführungsbauwerkes geplant.

Zusammen mit der Unterführung waren u.a. Bauwerke wie Stützmauern, Kollektor- und Sickerschächte und ein Versickerungsbecken zu errichten.

Laut Motivenbericht an den Gemeinderat war die Projektumsetzung in zwei Phasen geplant.

Phase 1 – Planungsphase (2014 – 2017)

- Feststellungsverfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und allenfalls Durchführung eines erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens;
- Erstellung der eisenbahn-, straßen- und wasserrechtlichen Einreichplanung;
- Erwirken der eisenbahn-, straßen- und wasserrechtlichen Baugenehmigung bzw. sonstiger notwendiger behördlicher Genehmigungen und Bescheide;
- Erstellung der Detailplanung, Ausschreibungsplanung und Ausschreibung;
- Durchführung der erforderlichen Grundstückssicherungen und Abschluss sonstiger - hinsichtlich einer raschen Baudurchführung – erforderlicher Übereinkommen und Verträge;
- Untergrunderkundung, Bestandsvermessung, sonstige erforderliche Untersuchungen und Gutachten.

Phase 2 – Bauphase (2018 – 2020)

- Durchführung Baubeschreibungen;
- Durchführung der Leitungsverlegungen;
- Durchführung der Bauarbeiten.

Die gegenständliche Projektgenehmigung betraf die Phase 1.

¹³ Bei der Marienhütte handelte es sich um ein Stahl- und Walzwerk.

Beim Projekt Errichtung der Bahnunterführung GW2a Josef-Huber-Gasse war die Planungsphase mit Ausnahme des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens abgeschlossen.

Der Stadtrechnungshof führte bei diesem Projekt eine Projektkontrolle im November 2017 durch. Die geplanten Gesamtkosten des gegenständlichen Projektes betragen laut Kostenaufstellung der Stadtbaudirektion rd. 29,2 Millionen Euro. Eine Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt lag dem Stadtrechnungshof zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht vor.

Der Stadtrechnungshof wird eine Projektabwicklungskontrolle auf Grundlage einer Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt (Planungsphase und Bauphase) durchführen.

3.5.9 Errichtung Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1

Um der Bevölkerung auf dem Reininghaus-Areal künftig Grün- und Freizeitflächen zur Verfügung zu stellen, beschloss der Gemeinderat die Planungsmittel für das Projekt Errichtung Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1.

Projektgenehmigung:	14. Dezember 2017 ¹⁴
Fertigstellung (Planung):	Februar 2019
Kostenanteil Haus Graz:	282.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	282.000 Euro



Lageplan Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1

Quelle: Rahmenplan Graz Reininghaus 02/2010¹⁵

Auf dem ehemaligen Brauereigelände der Gebrüder Reininghaus war der Reininghauspark in einem Ausmaß von ca. 3,0 ha sowie der erste Abschnitt einer Grünachse Richtung Süden in einem Ausmaß von ca. 0,6 ha geplant. Der erste Abschnitt der Grünachse war als Verbindung zwischen dem Reininghauspark und des im Zuge der Straßenbahnannbindung Reininghaus zu errichtenden

¹⁴ [Link zum Gemeinderatsstück vom 14. Dezember 2017](#)

¹⁵ [Link Rahmenplan Graz-Reininghaus](#)



Wetzelsdorfer Platzes vorgesehen¹⁶.

In einem ersten Schritt beantragte die Abteilung für Grünraum und Gewässer für weiterführende Planungsarbeiten Budgetmittel in Höhe von 282.000 Euro brutto.

Die Errichtung des Parks plante die Abteilung für Grünraum und Gewässer für den Zeitraum 2019 bis 2021 und jene des ersten Abschnitts der Grünachse für den Zeitraum 2022 bis 2023.

Das Projekt Errichtung Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1 befand sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung in der Planungsphase.

Der Gesamtkostenrahmen (Planungsphase und Bauphase) war im Motivenbericht an den Gemeinderat mit rd. 6,0 Millionen Euro beziffert.

Der Stadtrechnungshof führte bei diesem Projekt eine vorgezogene Bedarfskontrolle durch (erster Teil der Projektkontrolle). Im zweiten Teil der Projektkontrolle kontrolliert der Stadtrechnungshof Sollkosten- und Folgekostenberechnungen sowie die geplante Finanzierung. Der Stadtrechnungshof wird eine Projektabwicklungskontrolle auf Grundlage einer Projektgenehmigung für das Gesamtprojekt (Planungsphase und Bauphase) durchführen.

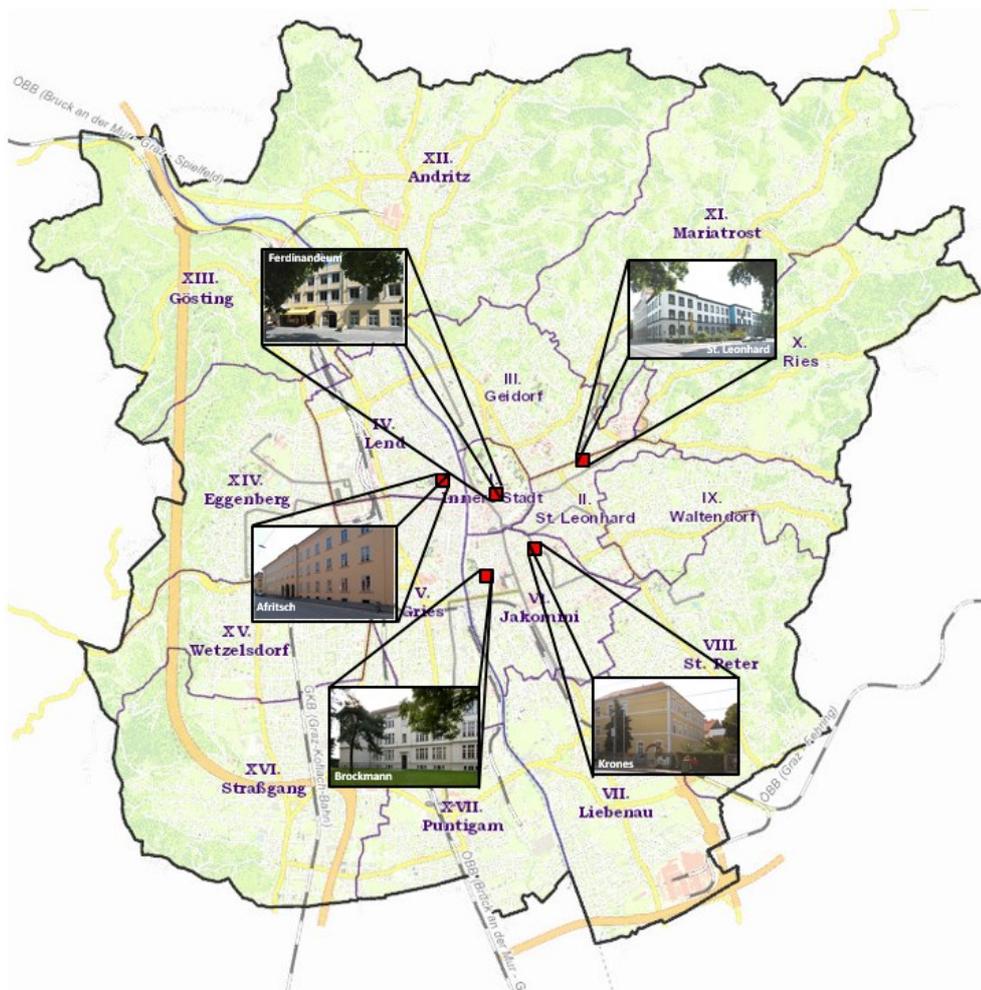
¹⁶ Die Errichtung des 2. Abschnitts der Grünachse zwischen Wetzelsdorfer Straße und der Endschleife der zukünftigen Straßenbahnanbindung Reininghaus Richtung Süden war im Zuge der Errichtung der Straßenbahntrasse geplant.



3.5.10 Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulstandorten der Stadt Graz

Um künftig eine effiziente und wirtschaftliche Nutzung des Gebäudebestandes an städtischen Pflichtschulen sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulen der Stadt Graz.

Projektgenehmigung:	14. Juni 2018 ¹⁷
Fertigstellung:	Schulbeginn Herbst 2019
Kostenanteil Haus Graz:	6.300.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	6.300.000 Euro



Umstrukturierung - Lageplan betroffener Pflichtschulstandorte
 Quelle: Stadtvermessungsamt, Abteilung für Bildung und Integration und Stadtrechnungshof

¹⁷ [Link zum Gemeinderatsstück v 14. Juni 2018](#)

Nachfolgend die geplanten Veränderungen an den betroffenen Schulstandorten:

- **Standort Afritsch**

- aktuell: 6 VS-Klassen (Expositur Rosenberg)
keine Aufnahme 1. Schulstufe im Schuljahr 2019/2020 (Reduktion auf 4 Klassen)
- zukünftig: **- 4 VS-Klassen** (kommen zum Standort Ferdinandeum)
+ 6 Klassen Ellen Key¹⁸ (kommen vom Standort St. Leonhard) zzgl. Direktion, Konferenzraum, Gruppenräume, GTS-Räume sowie Werkraum.

- **Standort Ferdinandeum**

- aktuell: 8 VS-Klassen
16 NMS-Klassen (8 Klassen mit Schwerpunkt Musik und 8 Klassen mit Schwerpunkt EDV)
- zukünftig: 12 VS-Klassen (**+ 4 VS-Klassen** kommen vom Standort Afritsch)
8 NMS-Klassen (Musik)
-8 NMS-Klassen (EDV) (kommen zum Standort St. Leonhard)

- **Standort St. Leonhard**

- aktuell: 4 VS-Klassen (Expositur Berliner Ring)
7 NMS-Klassen (laufen mit dem Schuljahr 2020/2021 aus)
6 Klassen Ellen Key
- zukünftig: 12 VS-Klassen
+ 8 NMS-Klassen EDV (kommen vom Standort Ferdinandeum)
- 6 Klassen Ellen Key (4 Klassen kommen zum Standort Afritsch)

- **Standort Krones**

- aktuell: 10 VS Klassen
- zukünftig: **- 2 VS Klassen** (kommen als Expositur zum Standort Brockmann)

- **Standort Brockmann¹⁹**

- aktuell: 16 VS-Klassen (VS-Brockmann)
- zukünftig: **+ 4 VS-Klassen** (Expositur Krones)

¹⁸ Konzept Ellen Key Schule:

Das verhaltenspädagogische Konzept dieser Schule ist darauf ausgerichtet, Kindern und Jugendlichen mit sozialemotionalen Störungen eine möglichst flexible, aber vor allem adäquate Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme zukommen zu lassen. (Quelle: Abteilung für Bildung und Integration)

¹⁹ Durch Auflassung des Sonderpädagogischen Zentrums-Sprachheilschule am ehemaligen Standort Brockmann inklusive der dazu gehörenden Verwaltungsbüros und der Integration der betroffenen Schülerinnen und Schüler in den regulären Schulalltag, standen am Standort Brockmann zusätzliche Räumlichkeiten frei. Diese sollten im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen als Expositur für die Volksschule Krones mit insgesamt 4 Klassen genutzt werden.

Die Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulstandorten waren im Wesentlichen ab dem Sommer 2019 vorgesehen.

Die Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof war zum Zeitpunkt der Berichtserstellung eingerichtet.

3.5.11 Streetwork und Kontaktladen



Um die Weiterführung des bestehenden Projektes sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Streetwork und Kontaktladen für weitere drei Jahre (2019-2021).

Projektgenehmigung:	17. Mai 2018 ²⁰
Fertigstellung:	2021
Kostenanteil Haus Graz:	2.550.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.550.000 Euro

Für die Grazer Gesundheits- und Sozialeinrichtung Streetwork und Kontaktladen lag seit November 1997 eine Genehmigung des Gemeinderates vor. Der Gemeinderat beschloss im Mai 2002 einstimmig den Ausbau des Projektes Drogenstreetwork im Rahmen des Grundsatzbeschlusses des Drogenkonzeptes der Stadt Graz. Die Verlängerung dieses Projektes erfolgte ab dem Jahr 2003 alle drei Jahre. Die Projektgenehmigung vom 17. Mai 2018 betraf die Laufzeit vom 1. Jänner 2019 bis 31. Dezember 2021.

Das Projekt nahm sich der vielfältigen Probleme im Bereich Suchthilfe und Suchtbehandlung sowie deren Lösung und Linderung an. Streetwork und Kontaktladen bestand aus einem stationären Teil „Kontaktladen“ sowie einem aufsuchenden Teil „Streetwork“. Übergeordnete Ziele, wie die Sicherung des möglichst gesunden Überlebens, die Vermeidung irreversibler Schädigungen, Verbesserung der Lebenssituation in Bezug auf die gesundheitliche Situation und soziale Integration wollte der Gemeinderat durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Ansätzen erreichen.

Die Kostenbeteiligung des Gesundheitsressorts des Landes Steiermark lag in den letzten Jahren bei jährlich 200.000 Euro.

Die Weiterführung des bestehenden Projektes Streetwork und Kontaktladen war über den Zeitraum 1. Jänner 2019 bis 31. Dezember 2021 geplant.

Eine Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof basierend auf dem Projekt Streetwork und Kontaktladen (2015-2018) war in Vorbereitung.

²⁰ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. Mai 2018](#)

3.6 Projekte in Umsetzung

Nr.	Projekt	Fachabteilung	GRB	Projektsumme in Euro Anteil Haus Graz*	Projektsumme in Euro gesamt*	
1	Sachprogramm Grazer Bäche	A10/5	24.09.2009	13.466.000	49.866.000	
2	Erschließung des Areals der ehemaligen Hummelkaserne	A 10/BD	15.03.2012	1.966.000	1.966.000	
3	Verkehrerschließung Reininghaus	A 10/8	04.07.2013	2.130.000	2.130.000	
4	Verkehrsmaßnahmen Areal Graz Reininghaus und Umbau Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße	A 10/BD	21.05.2015	4.800.000	4.800.000	
5	Reininghaus - Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkystraße	A 10/BD	19.10.2017	13.610.000	13.610.000	
6	Sanierung/Umbau Weblinger Stumpf	A 10/BD	22.10.2015	3.000.000	6.800.000	
7	Ausbau St. Peter Hauptstraße-Süd	A 10/BD	22.09.2016	4.000.000	10.600.000	
8	Austausch von 405 Parkscheinautomaten	A10/1P	17.11.2016	3.552.000	3.552.000	
9	Errichtung ASKÖ-Halle Neu	A 13, GBG	17.11.2011	4.000.000	9.284.000	
10	Streetwork und Kontaktladen	A7	18.06.2015	1.815.000	2.415.000	
11 *	Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inkl. zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung	Holding Graz, A 10/BD	25.02.2016	84.450.000	87.000.000	
12	BA46- Erweiterung und Sanierung Kläranlage der Stadt Graz	Holding Graz, A 10/BD	17.05.2018	2.900.000	2.900.000	
13	Zu- und Umbau Volksschule Triester (5. Bezirk-Gries)	ABI, GBG	16.06.2016	5.120.000	5.120.000	
14	Neubau Volksschule Smart City (4. Bezirk-Lend)	ABI, GBG	01.06.2017	17.160.000	17.160.000	
15	IT- Ausbau an den Grazer Pflichtschulen	ABI, ITG	05.07.2018	2.516.000	2.516.000	
16	Errichtung eines neuen Gemeindefohnbaus Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße	Wohnen Graz	17.11.2016	4.000.000	4.000.000	
17	Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz / VRV 2015	A 8/3, ITG	29.06.2017	4.244.000	4.244.000	
Summe Projekte in Umsetzung				172.729.000	227.963.000	

* Projektsumme auf tausend Euro gerundet

11 * Der Anteil des Hauses Graz beinhaltet die Vorfinanzierung des Fremdanteiles des Speicherkanals. In den Gesamtkosten ist der Fremdanteil der Grünraumgestaltung enthalten.

In den nachfolgenden Kapiteln erfolgt die detaillierte Darstellung der zuvor aufgelisteten Projekte.

3.6.1 Sachprogramm Grazer Bäche



Um das Hochwasserrisiko in der Stadt Graz künftig zu reduzieren, beschloss der Gemeinderat das Projekt Sachprogramm Grazer Bäche.

Projektgenehmigung:	24. September 2009 ²¹ , bzw. 9. Februar 2012 ²²
Fertigstellung:	2025 (ursprünglich geplant 2013)
Kostenanteil Haus Graz:	13.466.000 Euro (ca. 27% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	49.866.000 Euro

Beim Projekt Sachprogramm Grazer Bäche handelte es sich um ein weiterführendes Projekt. Nach dem Hochwasser im August 2005 und mehreren kleineren Überflutungen in den Folgejahren, bescherte vor allem das Katastrophenjahr 2009 eine nie da gewesene Abfolge von Hochwasserereignissen im Raum Graz.

Um den Hochwasserschutz am Stufenbach rasch umsetzen zu können, beschloss der Gemeinderat am 17. März 2016²³ eine Vorfinanzierung des Landesanteiles in einem Ausmaß von 1,4 Millionen Euro.

Informationen zum Projekt können unter [Sachprogramm Grazer Bäche](#) abgerufen werden.

Das Berichtswesen der Abteilung für Grünraum und Gewässer zeigte beim Projekt Sachprogramm Grazer Bäche eine voraussichtliche Überschreitung der vom Gemeinderat genehmigten Projektkosten.

Bei der Kostenschätzung im Jahre 2009 (Projektbeschluss) berücksichtigte die Abteilung für Grünraum und Gewässer Indexsteigerungen nicht. Durch die Verschiebung der Realisierung einzelner Projekte über das Jahr 2013 hinaus ergaben sich Mehrkosten.

Gemäß § 7 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof informierte der zuständige Stadtsenatsreferent den Stadtrechnungshof darüber, dass es im Zuge der Realisierung des Sachprogrammes Grazer Bäche zu einer Projektkostenerhöhung des Anteils der Stadt Graz im Ausmaß von rd. 4,58 Millionen Euro kommen würde. Der Stadtrechnungshof stellte in seinem Prüfbericht „Sachprogramm Grazer Bäche; Planungs-/Bauprogramm 2014-2018; GZ: StRH-002048/2014“ Nachfolgendes fest:

Insbesondere komplexe Rahmenbedingungen aber auch nicht berücksichtigte Indexsteigerungen, der nur seitens der Stadt Graz vorhandene Projektbeschluss

²¹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 24. September 2009](#)

²² [Link zum Gemeinderatsstück vom 9. Februar 2012](#)

²³ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. März 2016](#)

und erst spät erstellbare Detailkostenschätzungen waren verantwortlich für die Kostensteigerung.

Eine Genehmigung dieser Mehrkosten von rd. 4,58 Millionen Euro lag vom zuständigen Organ zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht vor.

Eine überarbeitete Projektverfolgung/Kostenprognose der Abteilung für Grünraum und Gewässer mit Stand Ende September 2018 zeigte Mehrkosten in Höhe von rd. 5,6 Millionen Euro auf.

Laut Aussage der Abteilung für Grünraum und Gewässer wies diese Kostenprognose eine Unschärfe bei nicht begonnenen Projekten wegen noch nicht erstellter Detailkostenschätzungen auf.

3.6.2 Erschließung des Areals der ehemaligen Hummelkaserne



Um die städtische Infrastruktur am Areal der ehemaligen Hummelkaserne sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Erschließung dieses Areals.

Projektgenehmigung:	15. März 2012 ²⁴
Korrektur Projektgenehmigung	15. März 2018 ²⁵
Fertigstellung:	2019
Kostenanteil Haus Graz:	1.966.200 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	1.966.200 Euro

Durch den Ausbau des ehemaligen Areals der Hummelkaserne waren Umbaumaßnahmen notwendig.

Im Detail:

- Errichtung einer neuen Erschließungsstraße entlang der West- und Nordseite des Areals von der Peter-Rosegger-Straße aus bis zur geplanten Trasse der zukünftigen Straßenbahnerschließung an der Ostseite des Areals;
- Anlage eines Grünstreifens entlang der neuen Erschließungsstraße zur Abtrennung der bestehenden Wohnbebauung im Westen (entspricht der Vorgabe aus dem Entwurf des 15.06.0 Bebauungsplans Peter-Rosegger-Straße „Hummelkaserne“ und dem Rahmenplan Stadtteilentwicklung Graz-Reininghaus);
- Errichtung eines 4-armigen Knotenpunktes in der Peter-Rosegger-Straße zum Anschluss der neuen Erschließungsstraße sowie der Zufahrt zum Areal der WEGRAZ, inklusive einer Verkehrslichtsignalanlage;
- Errichtung eines 5 m breiten Geh- und Radweges in West-Ost-Richtung von der neuen Erschließungsstraße zur geplanten Straßenbahntrasse im Osten des Areals;
- Errichtung einer zweiten Zufahrtsmöglichkeit auf das Areal der WEGRAZ westlich in der Peter-Rosegger-Straße;
- Weiters sollten entlang der Peter-Rosegger-Straße notwendige Adaptierungen durchgeführt werden.

²⁴ [Link zum Gemeinderatsstück vom 15. März 2012](#)

²⁵ [Link zum Gemeinderatsstück vom 15. März 2018](#)

Die folgende Abbildung zeigt die einzelnen Bauabschnitte:



Abbildung: Areal ehemalige Hummelkaserne - Erschließung;
 Quelle: A10/8-Verkehrsplanung Stadt Graz; Einträge Stadtrechnungshof

Laut Angaben des Fachamtes waren zusätzlich zum genehmigten Projekt (Gemeinderatsbeschluss vom 15. März 2012) nachfolgende Leistungen zu erbringen:

- Planung und Errichtung der Bushaltestelle Maria-Pachleitner-Straße als Ersatz für die Haltestelle Grazerfeldstraße)
- Gestaltungsmaßnahmen Maria-Pachleitner-Straße (voraussichtliche Ausbildung als Wohnstraße im nördlichen Bereich)

Auf Basis der bereits erbrachten Leistungen bzw. der noch ausstehenden Leistungen erfolgte mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. März 2018 eine Erhöhung der Projektgenehmigung auf 1.966.200 Euro.



Peter-Rosegger-Straße, Zufahrt Neu und neu gestalteter Südteil



Peter-Rosegger-Straße, neu errichtete Kreuzung, Blickrichtung Osten



Fahrbahn West-Ost



Fahrbahn bzw. Gehweg und Grünstreifen Nord-Süd

(Fotos StRH)

Das Berichtswesen der Stadtbaudirektion zeigte beim Projekt Erschließung des Areals der ehemaligen Hummelkaserne, dass sie die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Der Abrechnungsstand betrug mit Ende 3. Quartal 2018 rd. 1,6 Millionen Euro. Die Aufbringung der obersten Schicht der Fahrbahn war für Frühjahr 2019 geplant. Die Umsetzung der zusätzlichen Leistungen (Errichtung der Bushaltestelle einschließlich der Gestaltungsmaßnahmen) war für 2019 geplant.

3.6.3 Verkehrserschließung Reininghaus



Um künftig städtische Infrastruktur für das Reininghaus Areal sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Verkehrserschließung Reininghaus.

Projektgenehmigung:	4. Juli 2013 ²⁶
Reduktion Projektgenehmigung:	13. November 2014 ²⁷
Reduktion Projektgenehmigung:	14. Juni 2018 ²⁸
Fertigstellung:	Ende 2019
Kostenanteil Haus Graz:	2.130.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.130.000 Euro

Die ursprüngliche Projektgenehmigung belief sich auf 6,5 Millionen Euro (Gemeinderatsbeschluss vom 4. Juli 2013).

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 13. November 2014 genehmigte der Gemeinderat ein eigenes Projekt betreffend die Bahnunterführung Josef-Huber-Gasse und ordnete den korrespondierenden Planungsanteil aus dem Projekt Verkehrserschließung Reininghaus (rd. 1,0 Millionen Euro) dem Projekt Bahnunterführung Josef Hubergasse zu.

Mit Inkrafttreten des Verkehrsfinanzungsvertrages 2 wurde der Projektanteil Straßenanbindung Reininghaus- Einreichplanung (2,5 Millionen Euro) aus dem Projekt Verkehrserschließung Reininghaus herausgelöst.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. Juni 2018 genehmigte der Gemeinderat das Projekt Neuordnung des Busnetzes im Grazer Westen (1. Ausbaustufe). Die Finanzierung dieses Projektes in einem Ausmaß von 0,87 Millionen Euro erfolgte aus dem Budget des Projektes Verkehrserschließung Reininghaus.

Durch die zuvor genannten Maßnahmen reduzierte sich die Projektgenehmigung des Projektes Verkehrserschließung Reininghaus von 6,5 auf 2,13 Millionen Euro.

Folgende Leistungen waren dem Projekt Verkehrserschließung Reininghaus zuzuordnen (Basis Budget 2,13 Millionen Euro):

- Erstellung eines Verkehrsmodells, d.h. Darstellung der Kfz-Verkehrsmengen für das Straßennetz und der Knotenbelastungen in und um Reininghaus bei einer Vollnutzung des Areals;
- Erstellung eines generellen Straßenprojektes für das gesamte Reininghausareal basierend auf dem Verkehrsmodell;

²⁶ [Link zum Gemeinderatsstück vom 4. Juli 2013](#)

²⁷ [Link zum Gemeinderatsstück vom 13. November 2014](#)

²⁸ [Link zum Gemeinderatsstück vom 14. Juni 2018](#)

- Ausarbeitung von Einreichprojekten für einzelne Straßenzüge basierend auf dem generellen Straßenprojekt;
- Erstellung eines Buserschließungskonzeptes etappenweise für die ÖV-Erschließung des Grazer Westens in Abhängigkeit der Entwicklungen im Reininghausareal;
- Grundstückssicherung Alte Post Straße - Eggenberger Allee für die Weiterführung der Straßenbahnlinie 3 nach Reininghaus;
- Ausarbeitung eines Einreichprojektes für die GKB-Unterführung Wetzelsdorfer Straße, d.h. Überarbeitung der bestehenden Einreichplanung aus dem Jahr 2006;
- Externe fachliche Begleitung bei der Erstellung von Mobilitätsverträgen im Zuge der einzelnen, noch zu erstellenden Bebauungspläne zwischen der Stadt Graz und den Grundbesitzerinnen bzw. Grundbesitzern der einzelnen Quartiere.



Rahmenplan Reininghaus Areal;

Stand Gemeinderatsbeschluss vom 25. Februar 2010

Quelle: Magistrat Graz - [Reininghaus](#) (Schlussbericht Kurzfassung, Seite 11)

Das Berichtswesen der Abteilung für Verkehrsplanung zeigte beim Projekt Verkehrserschließung Reininghaus eine voraussichtliche Einhaltung der vom Gemeinderat genehmigten Projektkosten.

Die Grundablöse im Bereich Alte Poststraße-Eggenberger Allee 1-3 war abgeschlossen. Bei den Planungsleistungen lagen unterschiedliche Umsetzungsgrade vor.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 1,7 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 1,2 Millionen Euro vor.



3.6.4 Verkehrsmaßnahmen Areal Graz Reininghaus und Umbaumaßnahmen Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße

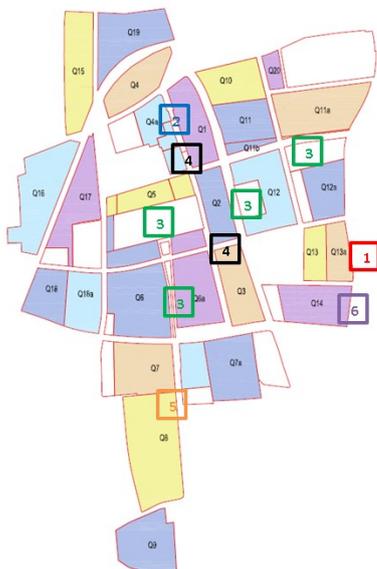
Um die künftige Verkehrserschließung der Reininghausgründe sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat unter anderen das Projekt Verkehrsmaßnahmen Areal Graz-Reininghaus.

Projektgenehmigung:	21. Mai 2015 ²⁹
Fertigstellung:	Ende 2019
Kostenanteil Haus Graz:	4.800.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	4.800.000 Euro

Das gegenständliche Projekt umfasste diverse weiterführende Maßnahmen hinsichtlich der künftigen Verkehrserschließung der Reininghausgründe sowie Umbaumaßnahmen im Bereich der bestehenden Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße.

Die folgenden Abbildungen zeigen die Situierung der geplanten Maßnahmen auf dem Areal Graz-Reininghaus und in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße.

- **Situierung der geplanten Maßnahmen auf dem Areal Graz-Reininghaus**



Quartiersübersicht

Übersicht der Quartiere des Areals Graz-Reininghaus mit grober Situierung der geplanten Maßnahmen
 Quelle: Magistrat Graz – Stadtbaudirektion; Einfügungen Stadtrechnungshof

²⁹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 21. Mai 2015](#)

Geplante Maßnahmen Graz-Reininghaus:

1. Grundeinlöse östlich des Quartiers 13a im Bereich der Südbahnstraße;
2. Ausführungsplanung „Esplanade“;
3. Realisierungswettbewerb und Ausführungsplanung „Reininghaus Park“ - Grüne Achse;
4. Sicherungsmaßnahmen im Bereich der ins öffentliche Gut übernommenen Verkehrsflächen;
5. Errichtung einer ÖV-Trasse (Bustrasse) östlich der Quartiere 7 und 8 inklusive Anschlüsse an die Wetzelsdorfer Straße im Norden bzw. an die Peter-Rosegger-Straße im Süden sowie Errichtung eines die ÖV-Trasse begleitenden Geh- und Radweges;
6. Ausbau der Südbahnstraße SÜD, östlich des Quartiers 14;
7. externe rechtliche Begleitung;
8. Stadtteilmanagement – Öffentlichkeitsarbeit;
9. Umbaumaßnahmen Beleuchtung Conrad-von-Hötzendorf-Straße



Bereich Umbaumaßnahmen - Beleuchtung Conrad-von-Hötzendorf-Straße

Quelle: Magistrat Graz - Straßenamt

Projektänderungen laut Angaben des Fachamtes:

- Verkürzung der ÖV-Trasse (Einsparung)
- Aufwendiger gestalteter Querschnitt (Vorgabe durch das Straßenbahnprojekt/Rahmenplan Reininghaus (Mehrkosten)
- Zusätzlich erforderliche Grundeinlöse (Mehrkosten)
- Zusätzlich zu errichtende Verkehrslichtsignalanlage (Mehrkosten)

Die Einreichung der Änderungen zum Einreichprojekt war für Herbst 2018 geplant. Danach soll die Ausarbeitung des Ausschreibungs- und Ausführungsprojektes mit einer Kostenberechnung erfolgen. Die Errichtung des Straßenabschnittes (verkürzte ÖV-Trasse) war im Anschluss an das Straßenbahnprojekt Straßenbahnanbindung Reininghaus südlich der Wendeschleife (derzeit in Planung) im Jahr 2019 geplant.

Das Berichtswesen der Stadtbaudirektion zeigte beim Projekt Verkehrsmaßnahmen Areal Graz-Reininghaus und Umbaumaßnahmen Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, dass es die vom Gemeindefrat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Zum Projektfortschritt war festzuhalten, dass die Ausführungsplanung Esplanade, der Realisierungswettbewerb, die Verkehrssicherung öffentliches Gut sowie die Umbaumaßnahmen betreffend die Beleuchtung Conrad-von-Hötzendorf-Straße abgeschlossen waren. Der Ausbau der Südbahnstraße Süd hatte bis dato nicht stattgefunden. Bei den restlichen Maßnahmen lagen unterschiedliche Umsetzungsgrade vor.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 1,8 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 1,5 Millionen Euro vor.

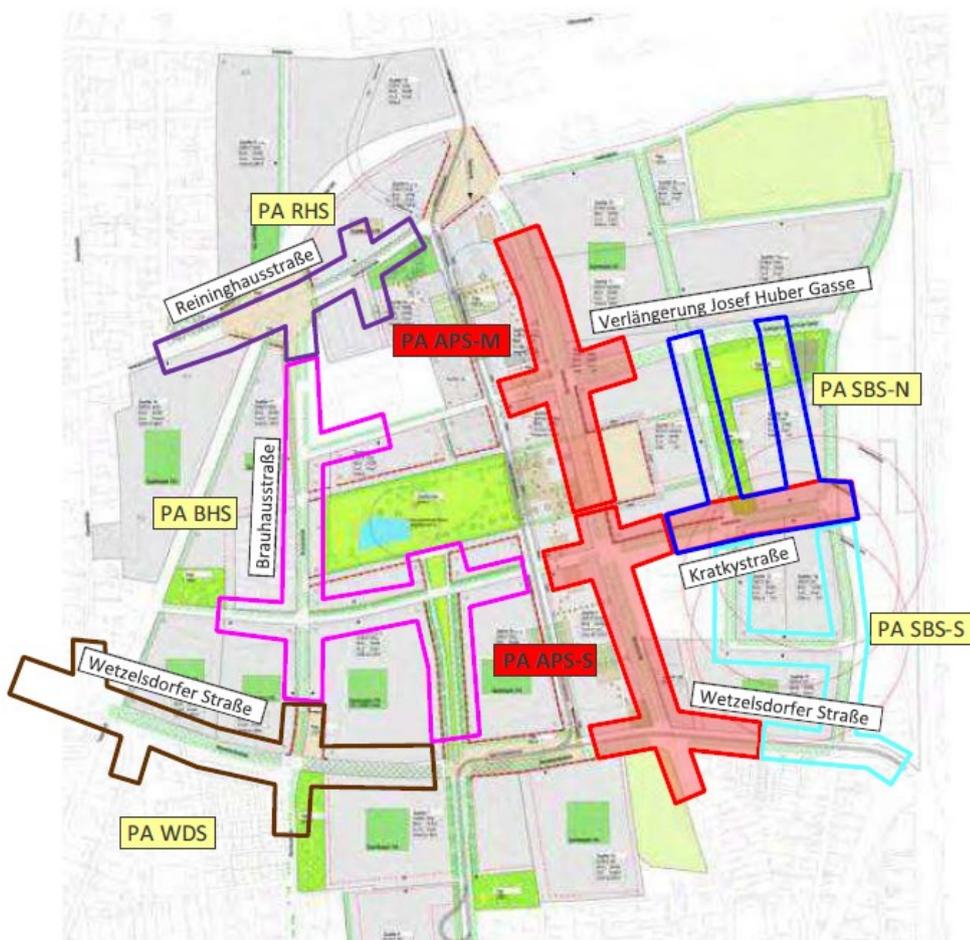
3.6.5 Reininghaus – Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkystraße

Um die künftige Verkehrserschließung des Areals Graz-Reininghaus sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat unter anderen das Projekt Reininghaus-Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkystraße.



Projektgenehmigung:	19. Oktober 2017 ³⁰
Fertigstellung:	Ende 2019
Kostenanteil Haus Graz:	13.610.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	13.610.000 Euro

Das gegenständliche Projekt umfasste die Planungsabschnitte APS-M und APS-S sowie den Bereich der Kratkystraße zwischen Alte Poststraße und Südbahnstraße.



Planungsabschnitte Straßenraum im Reininghaus-Areal
Quelle: Stadtbauverwaltung – Gemeinderatsbericht

³⁰ [Link zum Gemeinderatsstück vom 19. Oktober 2017](#)

Geplante Maßnahmen:

- Straßenbauarbeiten
 - Alte Poststraße
 - Fahrbahnen für motorisierten Verkehr: ca. 10.300 m²
 - Geh-, Radwege und Grünstreifen: ca. 16.700m²
 - Kratkystraße Ost
 - Fahrbahnen für motorisierten Verkehr: ca. 2.100 m²
 - Geh-, Radwege und Grünstreifen: ca. 3.300m²
 - Verkehrslichtsignalanlagen:
 - Neuerrichtung Verlängerung Josef Huber Gasse/Kratkystraße 2 Kreuzungen
 - Umbau Verkehrslichtsignalanlage Wetzelsdorfer Straße 1 Kreuzung
 - Errichtung einer Erdgasmessanlage
 - Untersuchungen Kriegsrelikte und Archäologie
- Grundeinlösen
- Verkehrsführung Bauphase/Umfahrungsstraße inklusive Verkehrslichtsignalanlage
- Projektinformation und Infobox.

Das Berichtswesen der Stadtbaudirektion zeigte beim Projekt Reininghaus-Neuerrichtung der Alten Poststraße und der Kratkystraße, dass sie die vom Gemeindefrat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Der Spatenstich erfolgte per 17. September 2018. Die bereits durchgeführten Tätigkeiten betrafen:

- Archäologische Untersuchungen im gesamten Baufeld ausgenommen bei den unter Verkehr stehenden Flächen;
- Baustelleneinrichtung, Baufeldfreimachung mit Rodungen und Abtrag von Kleinbauwerken entlang der Alten Poststraße/Kratkystraße Ost und der Umfahrungsstraße;
- Verlegung von Leitungen in der Alten Poststraße und der Kratkystraße;
- Errichtung der Gasleitung im Bereich Am Steinfeld von der Alten Poststraße bis zur neuen Erdgasmessstation. Errichtung der Fundamente der Erdgasmessstation;
- Parallel zur Verlegung der Leitungen in der Alten Poststraße Errichtung von Sickerschlitzen/Sickerschächten für die Straßenentwässerung;
- Oberbodenabtrag für die Errichtung der Umfahrungsstraße.



Umfahrungsstraße/Oberbodenabtrag



Alte Poststraße
(Leitungsverlegung)

Fotos StRH

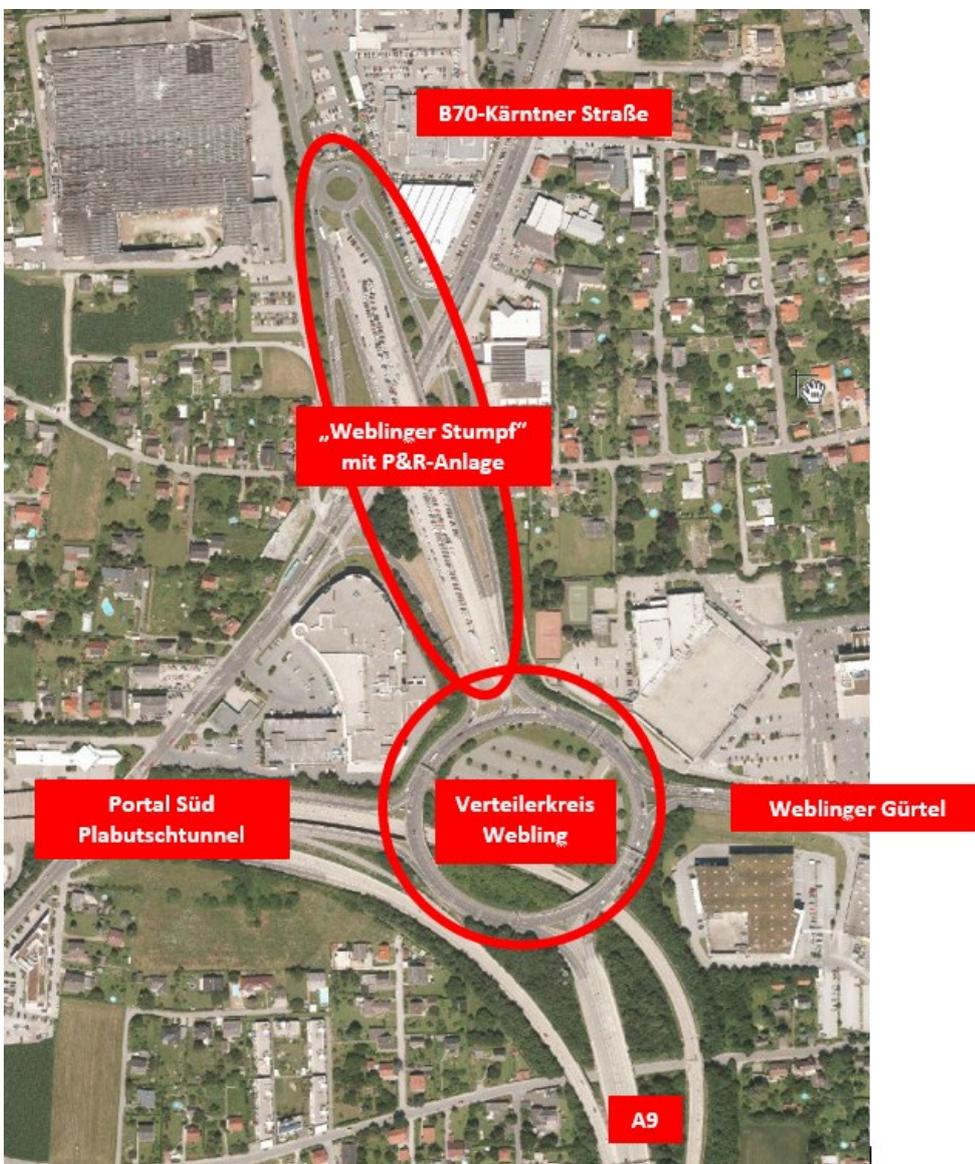
Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 10,1 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 0,7 Millionen Euro vor.

3.6.6 Sanierung/Umbau Weblinger Stumpf

Aufgrund des desolaten baulichen Zustands des Bestandsobjektes, beschloss der Gemeinderat die Sanierung und den Umbau des Weblinger Stumpfes.



Projektgenehmigung:	22. Oktober 2015 ³¹
Fertigstellung:	2017
Kostenanteil Haus Graz:	3.000.000 Euro (rd. 44% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	rd. 6.800.000 Euro

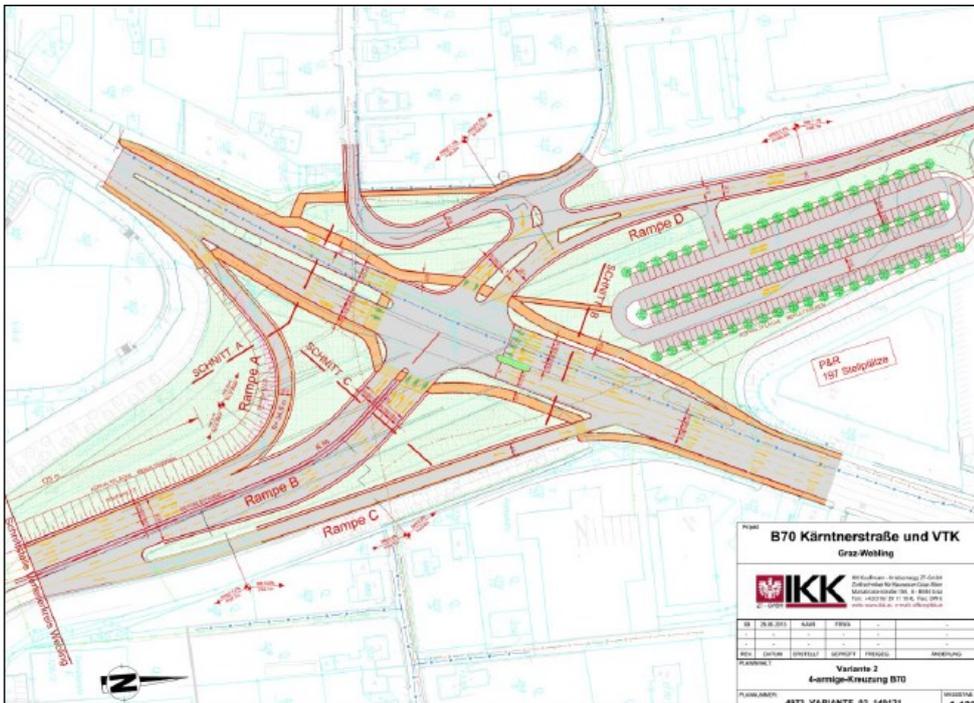


Lageplan Weblinger Stumpf

Quelle: Stadtplan Magistrat Graz
Stadtvermessung & ARGE Kartografie

³¹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 22. Oktober 2015](#)

Das Projekt umfasste eine niveaugleiche Anbindung des Verteilerkreises Webling an die B70-Kärntnerstraße.



Lageplan - niveaugleiche Kreuzung

Quelle: Gemeinderatsbericht bzw. Zivilingenieurbüro

Die Abtragung des Weblinger Stumpfes und die Neuerrichtung des Kreuzungsbereichs Kärntnerstraße/Weblinger Kreisverkehr erfolgte in drei Bauphasen:

Bauphase 1a (August bis Dezember 2016) betraf vorrangig den Weblinger Kreis samt Anschlussstellen:

- Vorbereitungen für die Installierung der späteren Ampelanlagen;
- Anpassung der Lärmschutzvorrichtungen an die neuen Gegebenheiten.

Bauphase 1b (Jänner 2017):

- Inbetriebnahme der Ampelanlagen.

Bauphase 2 (Jänner bis Oktober 2017):

- Abtrag des Weblinger Stumpfes;
- Errichtung der Radwegunterführungen;
- Einrichtung eines Baukreisverkehrs zur Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Bauphase 3 (Oktober bis Dezember 2017):

- Abschließende Arbeiten, um den neuen Kreuzungsbereich an die bestehenden Verkehrswege anzubinden.

Endzustand (ab Dezember 2017)

- Ampelgeregelte Anbindung des Verteilerkreises Webling über eine Rampe an die Kärntner Straße;
- Anbindung der Siedlungsgebiete Trattfelderstraße/Dahlienweg/Ema-Diez-Straße.

Das Berichtswesen der Stadtbaudirektion zeigte beim Projekt Sanierung/Umbau Weblinger Stumpf eine voraussichtliche Überschreitung der vom Gemeinderat genehmigten Projektkosten.

Das Land Steiermark fand beim gegenständlichen Projekt eine falsche Flächenzuordnung, welche sich auf die prozentuelle Kostenaufteilung zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz auswirkte. Laut Aussage der Stadtbaudirektion erhöhte sich die ursprüngliche Aufteilung um 6,25% für die Stadt Graz. Im Rahmen der Kontrolle der Endabrechnung wird sich der Stadtrechnungshof dieses Themas annehmen.

3.6.7 Ausbau St. Peter Hauptstraße – Süd

Um den öffentlichen Verkehr zu beschleunigen, die Verkehrssicherheit für Fußgänger zu erhöhen und den Radverkehr zu attraktivieren, beschloss der Gemeinderat das Projekt Ausbau St. Peter Hauptstraße – Süd.



Projektgenehmigung:	22. September 2016 ^{32, 33}
Fertigstellung:	Ende 2018
Kostenanteil Haus Graz:	4.000.000 Euro (rd. 38% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	10.600.000 Euro (einschl. Anteil Land Steiermark)



Übersicht Ausbauprojekte

Quelle: Informationsbericht an den Verkehrsausschuss

Folgende Maßnahmen waren gemäß den vorgelegten Einreichplänen und Kostenschätzungen im Zuge der Um- und Ausbaumaßnahmen der St. Peter Hauptstraße – 2. Teil geplant:

- Sanierung und Verbreiterung der bestehenden Fahrbahn Richtung Süden, inklusive Errichtung eines eigenen Busstreifens/Radwegs stadteinwärts sowie eines Mehrzweckstreifens/Radwegs stadtauswärts im Bereich nördlich der Kreuzung mit dem Sternäckerweg bis ca. zur bestehenden Haltestelle Messendorf-Heimgarten (Länge rd. 360lfm)
- Sanierung und Verbreiterung der bestehenden Fahrbahn Richtung Süden, ca. ab der bestehenden Haltestelle Messendorf-Heimgarten bis zur Kreuzung St. Peter-Gürtel. Gemäß den vorgelegten Einreichplänen waren neben einer Kernfahrbahn beidseitig Gehwege sowie beidseitig Rad- bzw. Mehrzweckstreifen geplant. (Länge rd. 680lfm)

³² [Link zum Fachstück vom 22. September 2016](#)

³³ [Link zum Finanzstück vom 22. September 2016](#)

- Umbau- und Adaptierungsmaßnahmen im unmittelbaren Bereich des Kreuzungsbereiches St. Peter- Gürtel.
- Ausbau und Neuerrichtung von Lichtsignalanlagen:
 - Anpassung der Verkehrslichtsignalanlage (Software) Sternäckerweg,
 - Errichtung einer neuen Druckknopfampel auf Höhe der bestehenden Haltestelle Messendorf-Heimgärten,
 - Ausbau der Verkehrslichtsignalanlage Styriastraße und
 - Neubau einer Verkehrslichtsignalanlage St. Peter-Gürtel - Abzweigung Raaba.
- Errichtung eines Regenwasser-Entlastungskanals in zwei Abschnitten.
 - Der erste nördliche Abschnitt war mit einer Länge von rd. 580lfm geplant. Vorgesehen war, dass dieser in den bereits bestehenden Regenwasser-Kanal im Norden mündete.
 - Der zweite südliche Abschnitt war mit einer Länge von rd. 560lfm geplant. Vorgesehen war, dass dieser in eine neu zu errichtende Verrieselungsanlage im Bereich des St. Peter-Gürtels mündete.

Die bauliche Umsetzung war wie folgt geplant:

- Baufeldfreimachung: 10. Juli bis Mitte August 2017
- Abschnitt 1: Sternäckerweg bis Styriastraße (Mitte August bis Mitte Dezember 2017)
- Abschnitt 2: Styriastraße bis Kreuzung St. Peter-Gürtel (März bis Mai 2018)
- Fertigstellungsmaßnahmen im Sommer 2018.

Das Berichtswesen der Stadtbaudirektion zeigte beim Projekt Ausbau St. Peter Hauptstraße Süd, dass es die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Die Restarbeiten betrafen die Bodenmarkierungen, die Beschilderung und die Begrünung.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 3,1 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 2,8 Millionen Euro vor.

3.6.8 Austausch von 405 Parkscheinautomaten



Die Wartung und die Weiterführung des Betriebes für rd. 400 Parkscheinautomaten war aus wirtschaftlichen Gründen seitens der Lieferfirma nicht mehr möglich. Daher beschloss der Gemeinderat diese Parkscheinautomaten auszutauschen.

Projektgenehmigung:	17. November 2016
Projekterweiterung:	14. Juni 2018 ³⁴
Fertigstellung:	2018
Kostenanteil Haus Graz:	3.552.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	3.552.000 Euro

Auf dem Gebiet der Stadt Graz waren mit Stand März 2017 insgesamt 907 Parkscheinautomaten aufgestellt. Die Anschaffung erfolgte dabei in mehreren Tranchen in den Jahren 1999 bis 2015.

Die Vollwartung und die Weiterführung des Betriebes der in den Jahren 1999 und 2001 gelieferten 405 Parkscheinautomaten war aus wirtschaftlichen Gründen seitens der Lieferfirma nicht mehr möglich.

Die im Jahr 2016 ausgestellten Parktickets beliefen sich insgesamt auf rd. 6,6 Millionen Euro. Ein kleiner Teil davon betraf die Parktickets über das Handyparken mit rd. 0,6 Millionen. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung betragen rd. 19,3 Millionen Euro und stellten eine wesentliche Einnahmenquelle für die Stadt Graz dar. Durch den Austausch war mit geringeren Wartungskosten zu rechnen.

Hinzuweisen war, dass ab Juli 2017 das Quick-System entfiel. Das bedeutete, dass künftig bei 502 Parkscheinautomaten nur mehr mit Bargeld gezahlt werden konnte.

Bei den restlichen 405 Parkscheinautomaten, das waren jene die ausgetauscht wurden, kam ein neues bargeldloses Bezahlungssystem zur Anwendung.

³⁴ [Link zum Gemeinderatsstück vom 14. Juni 2018](#)



Fotos StRH

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. Juni 2018 erfolgte eine Projekterweiterung. Diese Projekterweiterung beinhaltet die Abänderung der bestehenden Kurzparkzonen durch Evaluierungsmaßnahmen. Diese zusätzlichen Investitionskosten von 130.000 Euro waren in der bestehenden Projektgenehmigung abzudecken.

Das Parkgebührenreferat hielt in seinem Berichtswesen bezüglich des Projektes Austausch von 405 Parkscheinautomaten fest, dass es mit Wissensstand zum Zeitpunkt Ende 3. Quartal 2018 die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhalten konnte.

Der Austausch der 405 Parkscheinautomaten war mit April 2018 abgeschlossen. Der Abschluss der zusätzlichen Investitionen (Gemeinderatsbeschluss vom 14. Juni 2018) war für Ende Oktober 2018 geplant.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 2,4 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 2,3 Millionen Euro vor.

3.6.9 Errichtung ASKÖ-Halle Neu



Um eine zeitgemäße Dreifachsporthalle den Nutzern künftig zur Verfügung zu stellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Errichtung ASKÖ-Halle Neu.

Projektgenehmigung:	17. November 2011 ³⁵
Fertigstellung:	August 2013 (ohne Parkplatzflächen)
Kostenanteil Haus Graz:	4.000.000 Euro (ca. 43% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	9.284.000 Euro

Das Projekt ASKÖ-Halle Neu beinhaltete den Abbruch der bestehenden Halle. Diese bestehende Halle war durch eine neue, zeitgemäße Halle zu ersetzen. Zusätzlich zur Publikumshalle, die einer Dreifach-Sporthalle entsprach, waren im Untergeschoss zwei Bewegungshallen und im Obergeschoss administrative Einrichtungen untergebracht.

Das Berichtswesen der Gebäude- und Baumanagent Graz GmbH (GBG) zeigte beim Projekt Errichtung ASKÖ-Halle Neu eine voraussichtliche Einhaltung der vom Gemeinderat genehmigten Projektkosten.

Die ASKÖ-Halle Neu war seit September 2013 in Betrieb. Die Erweiterung der Parkplatzflächen war nach der Sanierung/Zubau des Mitteltraktes³⁶ (eigenes Projekt) geplant.



ASKÖ Halle NEU



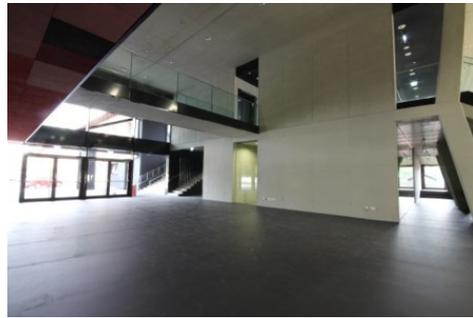
ASKÖ Halle NEU

³⁵ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. November 2011](#)

³⁶ [Link zum Gemeinderatsstück vom 18. Jänner 2018](#)



ASKÖ Halle NEU



ASKÖ Halle NEU



ASKÖ Halle NEU



ASKÖ Halle NEU



ASKÖ Halle NEU



ASKÖ Halle NEU

(Alle Fotos GBG)

3.6.10 Streetwork und Kontaktladen



Um die Weiterführung des bestehenden Projektes sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Streetwork und Kontaktladen für weitere drei Jahre (2016-2018).

Projektgenehmigung:	18. Juni 2015 ³⁷
Fertigstellung:	2018
Kostenanteil Haus Graz:	1.815.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.415.000 Euro

Für die Grazer Gesundheits- und Sozialeinrichtung Streetwork und Kontaktladen lag seit November 1997 eine Genehmigung des Gemeinderates vor. Der Gemeinderat beschloss im Mai 2002 einstimmig den Ausbau des Projektes Drogenstreetwork im Rahmen des Grundsatzbeschlusses des Drogenkonzeptes der Stadt Graz. Die Verlängerung dieses Projektes erfolgte ab dem Jahr 2003 alle drei Jahre. Die Projektgenehmigung vom 18. Juni 2015 betraf die Laufzeit vom 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2018.

Das Projekt nahm sich der vielfältigen Probleme im Bereich Suchthilfe und Suchtbehandlung sowie deren Lösung und Linderung an. Streetwork und Kontaktladen bestand aus einem stationären Teil „Kontaktladen“ sowie einen aufsuchenden Teil „Streetwork“. Übergeordnete Ziele, wie die Sicherung des möglichst gesunden Überlebens, die Vermeidung irreversibler Schädigungen, Verbesserung der Lebenssituation in Bezug auf die gesundheitliche Situation und soziale Integration wollte der Gemeinderat durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Ansätzen erreichen. Die Klienten, drogenabhängige Grazerinnen und Grazer und Abhängige aus den Bezirken, umfassten ca. 600 Personen.

Die Kostenbeteiligung des Gesundheitsressorts des Landes Steiermark lag in den letzten Jahren bei jährlich 200.000 Euro.

Das Berichtswesen des Gesundheitsamtes zeigte beim Projekt Streetwork und Kontaktladen, dass es die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Per Stichtag 30. September 2018 waren im SAP Ausgaben von 2.338.411,44 Euro und Einnahmen von 532.000 Euro ersichtlich. Dies entsprach dem geplanten Projektfortschritt.

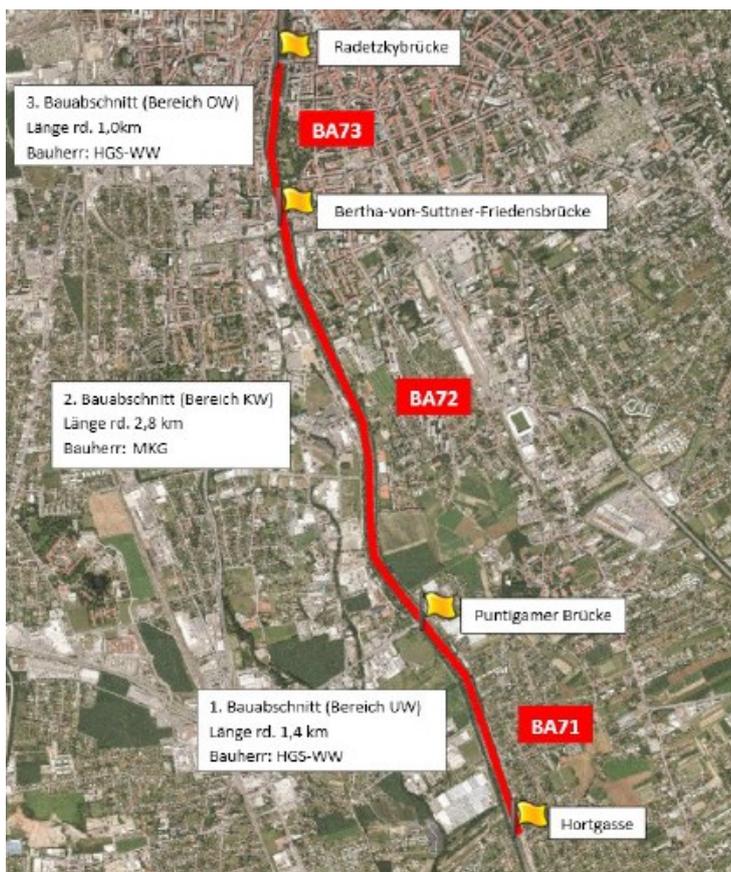
³⁷ [Link zum Gemeinderatsstück vom 18. Juni 2015](#)



3.6.11 Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inkl. zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung

Um die durch Regenereignisse verdünnte Mischwasser nicht mehr wie bisher unbehandelt in die Mur abzuleiten, beschloss der Gemeinderat das Projekt **Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inkl. zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung.**

Projektgenehmigung:	25. Februar 2016 ³⁸
Erhöhung Projektgenehmigung:	22. September 2016 ³⁹
Fertigstellung:	2021
Kostenanteil Haus Graz:	84.450.000 Euro (inkl. Vorfinanzierung Fremdanteil zentraler Speicherkanal)
Gesamtkosten:	rd. 87.000.000 Euro (inkl. Fremdanteil Grünraumgestaltung)



Lageplan zentraler Speicherkanal – BA 72 1. bis 3. Bauabschnitt
Quelle: Holding Graz Service-Wasserwirtschaft; Ergänzungen Stadtrechnungshof

³⁸ [Link zum Gemeinderatsstück vom 25. Februar 2016](#)

³⁹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 22. September 2016](#)

Mit Beschluss des Gemeinderates am 25. Februar 2016 erfolgte für den weiteren Ausbau des zentralen Speicherkanals (ZSK) von der Hortgasse (Anschluss an den bereits bestehenden zentralen Speicherkanal Richtung Süden) bis zur Radetzkybrücke sowie für die Grünraumgestaltung gemäß Masterplan Mur Graz-Mitte die Projektgenehmigung über rd. 64,25 Millionen Euro. Darin enthalten waren u.a. die Errichtung von ca. 5,20 km Speicherkanal entlang der Mur, sieben Mur-Querungen, d.h. Anschlüsse von bestehenden Entlastungsbauwerken vom rechten Murufer und zehn Anschlüsse von bestehenden Entlastungsbauwerken vom linken Murufer sowie die Errichtung von fünf größeren Bauwerken (Kaskadenbauwerke) und einem Spülbauwerk zur Bewirtschaftung des zentralen Speicherkanals.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2016 erfolgte eine Erhöhung der Projektgenehmigung von 64,25 Millionen Euro auf 84,45 Millionen Euro (Vorfinanzierung des Fremdanteiles des zentralen Speicherkanals).

Die Hauptarbeiten für den zentralen Speicherkanal waren im Wesentlichen in drei Wintersaisons geplant:

Oktober 2017 bis März 2018:	Bauabschnitt 72 (siehe Lageplan ZSK) Bereich wo das Kraftwerk entstehen soll Länge rd. 2,8 km
Oktober 2018 bis März 2019:	Bauabschnitt 73 (siehe Lageplan ZSK) Bereich Oberwasser Länge rd. 1,0 km
Oktober 2019 bis März 2020:	Bauabschnitt 71 (siehe Lageplan ZSK) Bereich Unterwasser Länge rd. 1,4 km

Das Berichtswesen der Holding Graz zeigte beim Projekt Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inklusive zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung eine voraussichtliche Einhaltung der vom Gemeinderat genehmigten Kosten.

Bisher waren ca. 1.600 Laufmeter Kanal errichtet. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 61,0 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 16,8 Millionen Euro vor.

3.6.12 BA46- Erweiterung und Sanierung Kläranlage der Stadt Graz

Um der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und den gesetzlichen Anforderungen der Abwasserreinigung zu entsprechen, beschloss der Gemeinderat die Erweiterung der Kläranlage.

Projektgenehmigung:	17. Mai 2018 ⁴⁰
Fertigstellung (Planung):	Herbst 2019
Kostenanteil Haus Graz:	2.900.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.900.000 Euro

In einem ersten Schritt beantragte die Holding Graz für weiterführende Planungsarbeiten Budgetmittel in Höhe von 2,9 Millionen Euro netto.

Nachfolgend eine Übersicht über die Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen:



Legende:

⁴⁰ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. Mai 2018](#)

Erweiterung Kläranlage:

- ① möglicher Standort für eine Erweiterung der biologischen Reinigungsstufe
- ② möglicher Standort für eine Erweiterung der mechanischen Reinigungsstufe
- ③ möglicher Standort für eine Erweiterung der Schlammmanipulationsfläche

Sanierung Kläranlage:

- ① Anpassung bzw. Sanierung der mechanischen Reinigungsstufe
- ② Schlammbehandlung – Umbau Primärschlammabzug und Voreindicker
- ③ Schlammbehandlung – Anpassung Werkstätte
- ④ Schlammbehandlung – Sanierung Treppenturm (Faulturm 1-3)

Übersicht Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen

Quelle: Holding Graz-Wasserwirtschaft bzw. Stadtvermessungsamt

Für die gesamten Erweiterungs- und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen veranschlagte die Holding Graz - Wasserwirtschaft eine Gesamtsumme von rd. 40,5 Millionen Euro netto.

Zur Erhöhung der Kostensicherheit wurde das gegenständliche Projekt im Sinne des Präsidialerlasses Nr. 17/2002 in einem zweistufigen Beschlussverfahren abgewickelt, wobei als erster Schritt ein Planungsbeschluss erforderlich war.

Ziel des Projektplanungsbeschlusses war die Erstellung detaillierter Projektunterlagen, die eine aussagekräftige Projektkostenermittlung als Basis für die endgültige Projektgenehmigung ermöglichen.

Die Holding Graz plante das Projekt „Erweiterung und Sanierung der Kläranlage der Stadt Graz“ im Herbst 2019 zur endgültigen Projektgenehmigung dem Gemeinderat vorzulegen.

Das Projekt Erweiterung und Sanierung Kläranlage der Stadt Graz befand sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung in der Ermittlungsphase des Generalplaners.

Per Stichtag 30. September 2018 waren im SAP keine Bestellungen und keine Kosten ersichtlich.



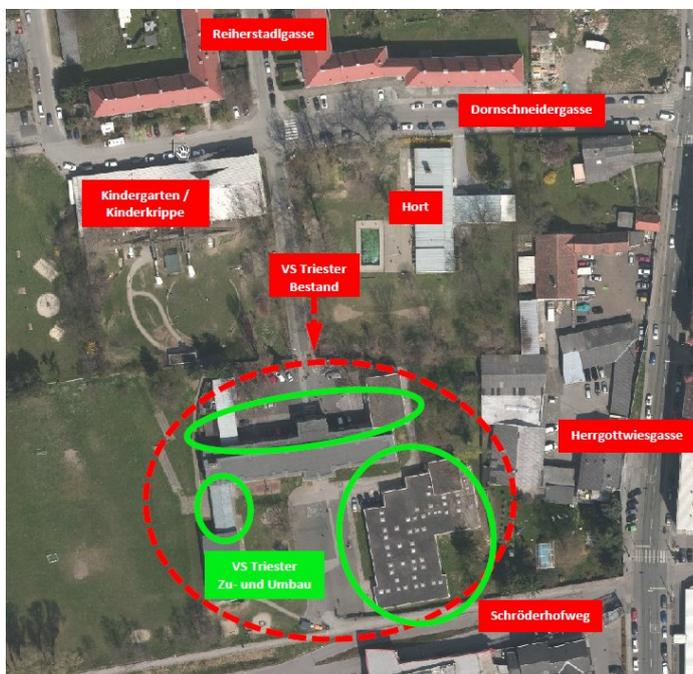
3.6.13 Zu- und Umbau Volksschule Triester (5. Bezirk-Gries)

Auf Grund der künftig steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Stadt Graz, beschloss der Gemeinderat den Zu- und Umbau der Volksschule Triester.

Projektgenehmigung:	16. Juni 2016 ⁴¹
Fertigstellung:	Herbst 2018
Kostenanteil Haus Graz:	5.120.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	5.120.000 Euro

Im Zuge der Ausbaumaßnahmen war die Volksschule Triester um zusätzlich 3 Klassen auf zukünftig insgesamt 16 Klassen mit Gruppenräumen, Arbeitsbereichen für den Lehrkörper sowie einem Ganztages Schulbereich inklusive der notwendigen Infrastruktur zu erweitern. Durch das Auflassen der allgemeinen Sonderschule am Schulareal konnten Teile des geplanten Raumprogramms in diesem Bestand untergebracht werden. Für die verbleibenden Fehlflächen waren erweiternde Ausbaumaßnahmen notwendig.

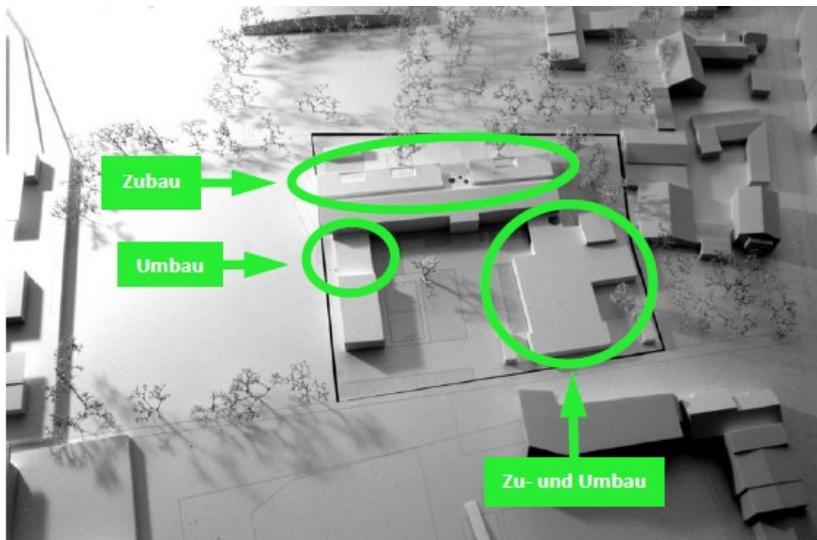
Die folgenden Abbildungen zeigen einen Überblick über den Standort und die geplanten Ausbaumaßnahmen beim gegenständlichen Projekt:



Lageplan Volksschule Triester

Quelle: Magistrat Graz Stadtvermessung & ARGE Kartographie, ergänzende Anmerkungen Stadtrechnungshof

⁴¹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 16. Juni 2016](#)



Siegerprojekt Ausbau/Umbau Volksschule Triester

Quelle: [Homepage Architekturwettbewerbe](#), [ergänzende Anmerkungen Stadtrechnungshof](#)

Das Berichtswesen der Abteilung für Bildung und Integration zeigte beim Projekt Zu- und Umbau der Volksschule Triester, dass die Abteilung für Bildung und Integration die vom Gemeinderat genehmigten Projektgesamtkosten nur unter bestimmten Rahmenbedingungen voraussichtlich einhalten konnte.

Für den Ganztages Schulbereich gab es die Möglichkeit Fördermittel des Bundes (abgewickelt über das Land) in Anspruch zu nehmen. Diese Förderung ermöglichte im Ganztages Schulbereich auch zusätzliche Maßnahmen umzusetzen.

Unter Nichtberücksichtigung der Förderung waren die genehmigten Kosten voraussichtlich um rd. 4,2% überschritten.

Der Baubeginn des gegenständlichen Projektes war im Juli 2017. Die Fertigstellung des Projektes erfolgte im September 2018.



Außenansicht Zubau



Klasse Zubau

Fotos StRH

Nicht Teil des Projektes bzw. der Projektgenehmigung war der Turnsaal. Die Abteilung für Bildung und Integration beschloss im Zuge des Zu- und Umbaus der

Volksschule anstehende Sanierungsarbeiten in Bezug auf den Turnsaal in einem Ausmaß von rd. 362.400 Euro inkl. USt umzusetzen (eigenes Budget). Die diesbezüglichen Arbeiten waren bis Ende Oktober 2018 abgeschlossen. Die Abteilung für Bildung und Integration wies darauf hin, dass es sich hier um keine Erweiterung oder Änderung des Projektes handelte, sondern um ein eigenes Projekt.



Turnsaal „saniert“

Foto StRH



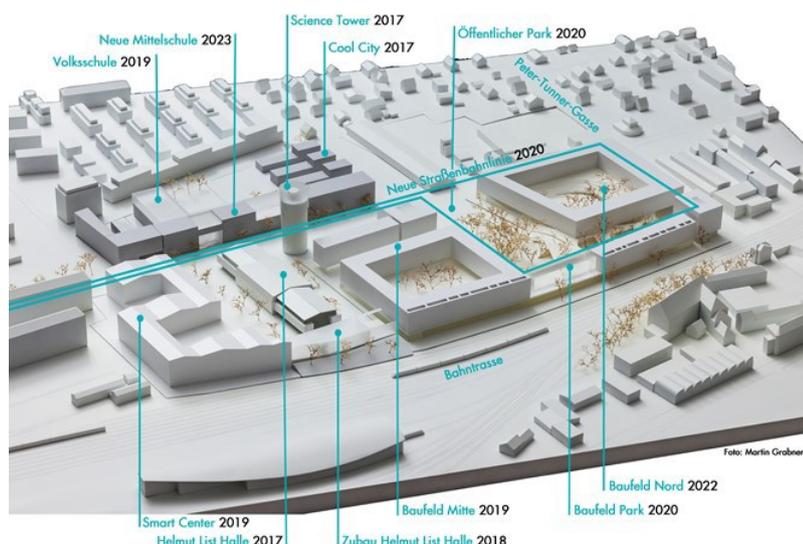
3.6.14 Neubau Volksschule Smart City (4. Bezirk-Lend)

Auf Grund der künftig steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Stadt Graz, beschloss der Gemeinderat den Neubau der Volksschule Smart City.

Projektgenehmigung:	1. Juni 2017 ⁴²
Fertigstellung:	Herbst 2019
Kostenanteil Haus Graz:	17.160.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	17.160.000 Euro

Die Gebäude- und Baumanagent Graz GmbH (GBG), die mit der Realisierung des Projektes beauftragt war, veranschlagte die Anschaffungskosten mit rd. 17,16 Millionen Euro brutto. Dies waren die Errichtungskosten zuzüglich Zwischenfinanzierung für die Neuerrichtung der Volksschule Smart City. In den Anschaffungskosten enthalten waren auch die Kosten des Architekturwettbewerbs sowie die notwendigen Budgetmittel für anteilige Abbrucharbeiten nach einem Grundstücksankauf.

Im Zuge der Neuerrichtung der Volksschule Smart City waren insgesamt 12 Klassen mit Gruppenräumen, Arbeitsbereichen für den Lehrkörper sowie einem Ganztagesschulbereich inklusive der notwendigen Infrastruktur geplant.



Modelldarstellung und voraussichtliche Fertigstellungstermine Smart City Quartier
Stand Dezember 2017

Quelle [GR-Bericht „Smart City Graz“ vom 14.12.2017](#)

⁴² [Link zum Gemeinderatsstück vom 1. Juni 2017](#)

Das Berichtswesen der Gebäude- und Baumanagent Graz GmbH (GBG) zeigte beim Projekt Neubau der Volksschule Smart City, dass es die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Der Projektbeginn war im April 2018. Das gegenständliche Projekt befand sich in der Rohbauphase.



„Rohbauphase“ Blickrichtung Westen

Foto StRH

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 9,2 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 3,2 Millionen Euro vor.

3.6.15 IT-Ausbau an den Grazer Pflichtschulen



Zur Sicherstellung einer künftig einheitlichen IT-Infrastruktur an den Grazer Pflichtschulen, beschloss der Gemeinderat den IT-Ausbau.

Projektgenehmigung:	5. Juli 2018 ⁴³
Fertigstellung:	Ende 2019
Kostenanteil Haus Graz:	2.516.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.516.000 Euro

Für die Umsetzung des IT- Ausbaus waren 2,516 Millionen Euro brutto budgetiert. Betroffen davon waren 54 Pflichtschulen. Die Umsetzung des Projektes war für die Jahre 2018 und 2019 geplant.

Die Sollkostenberechnungen beinhalteten:

- ein Mengengerüst der benötigten PCs und Laptops/Tablets für die in den Jahren 2018 und 2019 auszurüstenden Volksschulen und Neuen Mittelschulen,
- die Montage und den Anschluss der WLAN-Accesspoints,
- den Austausch von veralteten IT-Verteilern,
- die Montage und Installation von versperrbaren Aufbewahrungsschränken für die Laptops/Tablets,
- die Inbetriebnahme und Konfiguration des WLAN-Netzwerks,
- die Installation eines zusätzlichen Hardware Servers für den Anschluss der zusätzlichen Laptops/Tablets,
- Dienstleistungen der Informationstechnologie Graz GmbH hinsichtlich Projektmanagement, WLAN-Netzwerk und Installation der Arbeitsplätze, Softwareintegration und Schulung je Standort,
- die Herstellung von Glasfaserbreitbandanschlüssen an 5 Pflichtschulstandorten,
- Kostenansätze für Planung und Bauaufsicht sowie
- Kostenansätze für Unvorhergesehenes.

Die Anschaffung der Endgeräte (Stand-PCs und Laptops/Tablets) waren über die monatlich abgerechneten Betriebskosten der Informationstechnik Graz GmbH geplant (nicht Teil der Sollkostenberechnungen).

⁴³ [Link zum Gemeinderatsstück vom 5. Juli 2018](#)

Kostenentwicklungsaussagen seitens der Abteilung für Bildung und Integration zu dem Projekt IT-Ausbau an Grazer Pflichtschulen lagen dem Stadtrechnungshof mit Ende 3. Quartal 2018 nicht vor.

Per Stichtag 30. September 2018 waren im SAP (Buchhaltungssoftware) 576.810,83 Euro an Bestellungen ersichtlich.



3.6.16 Errichtung eines neuen Gemeindewohnbaus Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße

Auf Grund der steigenden Nachfrage an Gemeindewohnungen, beschloss der Gemeinderat die Errichtung eines neuen Gemeindewohnbaus angrenzend an die Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße.

Projektgenehmigung: 17. November 2016⁴⁴
 Fertigstellung: Februar 2019
 Kostenanteil Haus Graz: 4.000.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
 Gesamtkosten: 4.000.000 Euro

Das gegenständliche Projekt beinhaltet die Errichtung von 38 Gemeindewohnungen angrenzend an die Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße.



Lageplan Grundstück

Quelle: Magistrat Graz-Stadtvermessungsamt – Geodaten, Ergänzungen: Stadtrechnungshof

⁴⁴ [Link zum Gemeinderatsstück vom 17. November 2016](#)

Die Nettonutzfläche des fünfgeschossigen Wohnhauses betrug 2.217 m², bei maximal geplanten Baukosten von 1.700 Euro pro Quadratmeter Nettonutzfläche (rd. 3,8 Millionen Euro). Die Errichtung einer Lärmschutzwand, der erforderlichen Parkplätze, des Kinderspielplatzes und der Außenanlagen waren mit 200.000 Euro veranschlagt.



Einreichplanung - Ansichten

Quelle: Wohnen Graz

Das Berichtswesen des Eigenbetriebs Wohnen Graz zeigte beim Projekt Errichtung eines neuen Gemeindewohnbaus angrenzend an die Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße, dass es die genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Nach Einigung mit einem beschwerdeführenden Anrainer begannen die Bauarbeiten Mitte November 2017. Die noch ausstehenden Arbeiten betrafen die Fliesenlegerarbeiten, die Bodenlegerarbeiten, die Malerarbeiten, den Vollwärmeschutz außen, etc..



Außenansicht Südseite

Fotos StRH



Innenausbau

3.6.17 Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz / VRV 2015



Der Gemeinderat beschloss den Start des Echtbetriebes des Neuen Rechnungswesens im Magistrat Graz bis spätestens Anfang des Jahres 2020 umzusetzen.

Projektgenehmigung:	29. Juni 2017 ⁴⁵
Fertigstellung:	2022
Kostenanteil Haus Graz:	4.243.800 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	4.243.800 Euro (Basis Gemeinderatsbeschluss)

Die drei wesentlichen umzusetzenden Themen waren:

- Darstellung des Haushaltswesens in den drei Haushalten: Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt;
- Umstellungen in den Abläufen und inhaltliche Neuerungen in der Budgetierung, im Vollzug und beim Erstellen des Rechnungsabschlusses;
- Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Fremdmittel der Stadt nach den Regelungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 2015 und die Erstellung einer Eröffnungsbilanz.

Unabhängig davon gab es einen Umstellungsbedarf bei dem derzeit verwendeten SAP-System (Buchhaltungssoftware) bis spätestens 2025. In diesem Zusammenhang plante die zuständige Abteilung für Rechnungswesen Prozesse weiter zu automatisieren.

Der Lenkungsausschuss entschied sich im Mai 2017 für die Variante Neubeginn mit einer Gemeinde-Software auf SAP Basis. Dazu war ein Parallelbetrieb des bestehenden Systems für nicht abgedeckte Funktionen vorgesehen.

Die Finanzdirektion veranschlagte 5,338 Millionen Euro brutto für das Projekt „Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz / VRV 2015“ für die Jahre 2017 bis 2022. Dieser Betrag enthielt sowohl Sollkosten als auch Folgekosten.

Die Projektabwicklungskontrolle des Stadtrechnungshofes bezog sich ausschließlich auf die Sollkosten. In der Sollkostenberechnung waren nur jene Kosten darzustellen, welche einmalig anfielen, wie z.B. Lizenzgebühren und Beratung. Darin waren auch Haus Graz interne Umsätze mit der ITG enthalten.

⁴⁵ [Link zum Gemeinderatsstück vom 29. Juni 2017](#)

Das Berichtswesen der Abteilung für Rechnungswesen zeigte beim Projekt Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz, dass es die vom Gemeinderat genehmigte Projektkostensumme voraussichtlich einhielt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Informationsberichtes lagen Vergaben in einem Ausmaß von rd. 1,2 Millionen Euro und Rechnungen in einem Ausmaß von rd. 0,4 Millionen Euro vor.

3.7 Abgeschlossene Projekte

3.7.1 Erweiterungsbau Volksschule St. Veit

Aufgrund von festgestellten Raumfehlbeständen, beschloss der Gemeinde das Projekt Erweiterungsbau Volksschule St. Veit.

Projektgenehmigung:	25. März 2010 ⁴⁶
Kostenanteil Stadt Graz:	2.956.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	2.956.000 Euro
Stellungnahme StRH:	Oktober 2011
Bauzeit:	Baubeginn Juli 2011 Baufertigstellung Ende 2012

Eine Raumsituationserhebung ergab im Altbestand der Volksschule St. Veit einerseits generelle Raumfehlbestände, wie z.B. fehlender Werkraum, fehlender Medien- und Mehrzweckraum, sowie bei drei Klassen unzulängliche Raumgrößen. Zwei Klassenräume befanden sich in Containern für die es keine schulbehördliche Genehmigung gab. Seitens der Fachabteilung 6B des Landes Steiermark wurde dezidiert festgehalten, dass die bestehende Situation nur als provisorische Lösung bestehen konnte.



Außenansicht Eingangsbereich



Außenansicht mit Zubau

(Fotos StRH)

Der Stadtrechnungshof führte beim gegenständlichen Projekt eine Gebarungskontrolle durch (siehe Bericht [Buchhalterische Erfassung von Bauprojekten](#); GZ: StRH – 029962/2017). Den Schwerpunkt der Kontrolle bildete die Frage ob die Abrechnungen der betroffenen Volksschulen den tatsächlich geleisteten Zahlungen entsprachen.

⁴⁶ [Link zum Gemeinderatsstück vom 25. März 2010](#)

Die endabgerechneten Kosten für die Errichtung der Volksschule St. Veit lagen vorwiegend aufgrund einer Förderung der ganztägigen Schulformen unter dem geplanten Budget.

Der Gemeinderat genehmigte im März 2010 den Erweiterungsbau der Volksschule St. Veit mit Gesamtprojektkosten in Höhe von 2,956 Millionen Euro netto.

Die Realisierung erfolgte im Eigentum der GBG, die Stadt Graz mietete nach Fertigstellung das Objekt an.

Der Stadtrechnungshof errechnete die mit der Projektgenehmigung vergleichbaren Kosten mit 2,922 Millionen Euro. Um die Kosten der Neuerrichtung mit den budgetierten Kosten aus der Projektgenehmigung vergleichen zu können, mussten unter anderem nicht zahlungswirksame Eigenleistungen der GBG miteinbezogen werden. Die Berechnungsmethode war wie folgt:

Da der tatsächliche Geldfluss im SAP System erfolgte, bildeten die Lieferanten-Rechnungen in SAP, welche auf den Auftrag „Volksschule St. Veit“ gebucht wurden, die Grundlage für die Berechnung.

Der Stadtrechnungshof bereinigte diese Berechnung um jene Lieferanten-Rechnungen, welche fälschlicherweise dem Auftrag „Volksschule St. Veit“ zugeordnet waren.

Rechnungen, welche aus dem Jahr 2010 stammten, waren grundsätzlich zu ergänzen, da 2010 noch nicht in SAP gebucht wurde.

Die bereinigten Lieferanten-Rechnungen waren größenordnungsmäßig mit dem Baubuchhaltungssystem COOR abstimbar (rd. 2,788 Millionen Euro).

Um die auf diesem Wege berechneten Projektkosten mit der Projektgenehmigung vergleichen zu können, waren GBG Eigenleistungen (Honorar, Möbel) in Höhe von rd. 84.000 Euro sowie Finanzierungskosten in Höhe von rd. 50.000 Euro zu ergänzen.

Im Jahr 2013 bestand die Möglichkeit eine „Förderung der ganztägigen Schulformen“ durch das Land Steiermark in Anspruch zu nehmen, sofern eine Gemeinde derartige Ausgaben hatte. Zu diesem Zweck verkaufte die GBG der Stadt Graz die „Neuerrichtung und Einrichtung einer Auspeisungsküche mit Speisesaal“ in Höhe von rd. 243.000 Euro. In diesem Betrag waren rd. 40.000 Euro Umsatzsteuer enthalten. In weiterer Folge erhielt die Stadt Graz vom Land Steiermark eine „Förderung der ganztägigen Schulformen“ in Höhe von 200.000 Euro. Unter Berücksichtigung dieser Förderung (abzüglich der Umsatzsteuer) errechneten sich die Projektkosten „Erweiterungsbau der Volksschule St. Veit“ mit rd. 2,762 Millionen Euro.

3.7.2 Erweiterungsbau Volksschule St. Peter

Aufgrund von steigenden Anmeldezahlen und festgestellten Raumfehlbeständen, beschloss der Gemeinderat das Projekt Erweiterungsbau Volksschule St. Peter.

Projektgenehmigung:	7. Juli 2011 ⁴⁷
Kostenanteil Stadt Graz:	5.740.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	5.740.000 Euro
Stellungnahme StRH:	Juni 2011
Bauzeit:	Baubeginn Herbst 2012 Baufertigstellung Herbst 2014

Eine im Jahr 2010 durchgeführte Überprüfung der künftig zu erwartenden Schülerinnen- und Schülerzahlen ergab steigende Anmeldezahlen. Das Siegerprojekt aus dem Jahr 2008 war entsprechend zu adaptieren und die Kapazität auf 12 Klassen zu erhöhen. Die umzubauenden Bestandsflächen wurden reduziert, Raumnutzungen verschoben und die zusätzlich erforderlichen Klassenräume im neu zu errichtenden Erweiterungsbau angesiedelt. Die Projektänderung erfolgte unter der Vorgabe der Einhaltung der ursprünglich geplanten Projektkosten.



Außenansicht Zubau



Eingangsbereich



Innenansicht Eingangsbereich



Turnsaal

(Fotos StRH)

⁴⁷ [Link zum Gemeinderatsstück vom 7. Juli 2011](#)

Der Stadtrechnungshof führte beim gegenständlichen Projekt eine Gebarungskontrolle durch (siehe Bericht [Buchhalterische Erfassung von Bauprojekten](#); GZ: StRH – 029962/2017). Den Schwerpunkt der Kontrolle bildete die Frage ob die Abrechnungen der betroffenen Volksschulen den tatsächlich geleisteten Zahlungen entsprachen.

Die endabgerechneten Kosten für die Errichtung der Volksschule St. Peter lagen rd. 2% über dem geplanten Budget.

Der Gemeinderat genehmigte im Juli 2011 den Erweiterungsbau der Volksschule St. Peter mit Gesamtprojektkosten in Höhe von 5,740 Millionen Euro netto in den Jahren 2011 und 2012.

Die Realisierung erfolgte im Eigentum der GBG, die Stadt Graz mietete nach Fertigstellung das Objekt an.

Der Stadtrechnungshof errechnete die mit der Projektgenehmigung vergleichbaren Kosten mit 5,834 Millionen Euro. Um die Kosten der Neuerrichtung mit den budgetierten Kosten aus der Projektgenehmigung vergleichen zu können, mussten unter anderem nicht zahlungswirksame Eigenleistungen der GBG miteinbezogen werden. Die Berechnungsmethode war wie folgt:

Da der tatsächliche Geldfluss im SAP System erfolgte, bildeten die Lieferanten-Rechnungen in SAP, welche auf die Aufträge „Volksschule St. Peter“ gebucht wurden, die Grundlage für die Berechnung.

Der Stadtrechnungshof bereinigte diese Berechnung um jene Lieferanten-Rechnungen, welche fälschlicherweise einem der Aufträge „Volksschule St. Peter“ zugeordnet waren.

Die bereinigten Lieferanten-Rechnungen waren größenordnungsmäßig mit dem Baubuchhaltungssystem COOR abstimmbare (rd. 5,512 Millionen Euro).

Um die auf diesem Wege berechneten Projektkosten mit der Projektgenehmigung vergleichen zu können, waren GBG Eigenleistungen (Einrichtung, Baumanagement) in Höhe von rd. 245.000 Euro sowie Zwischenfinanzierungskosten in Höhe von rd. 77.000 Euro zu ergänzen.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzungen errechneten sich die Projektkosten „Erweiterungsbau der Volksschule St. Peter“ mit rd. 5,834 Millionen Euro.

3.7.3 Neubau Volksschule Mariagrün

Um künftig einen zeitgemäßen Unterricht sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat den Neubau der Volksschule Mariagrün.

Projektgenehmigung:	9. Februar 2012 ⁴⁸
Kostenanteil Stadt Graz:	8.520.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	8.520.000 Euro
Stellungnahme StRH:	Jänner 2012
Bauzeit:	Baubeginn August 2012 Übergabe/Inbetriebnahme September 2014

Der Raumbestand der Volksschule Mariagrün entsprach, nach den Ausführungen des Stadtschulamtes und des Landes Steiermark - FA 6B, nicht mehr den Anforderungen eines zeitgemäßen Unterrichts. Eine Erweiterung des Bestandes war am derzeitigen Standort nicht möglich bzw. wäre es bei einer Erweiterung des Bestandes zu einer deutlichen Baudichteüberschreitung gekommen. Seitens der Stadt Graz entschloss man sich daher am Standort in der Schönbrunnngasse eine neue Volksschule, nach den Erfordernissen einer zeitgemäßen Pädagogik sowie nach neuen Erkenntnissen der Lernforschung zu errichten.



Außenansicht/Eingangsbereich



Außenansicht/Blickrichtung Sportanlage

(Fotos StRH)

Der Stadtrechnungshof führte beim gegenständlichen Projekt eine Gebarungskontrolle durch (siehe Bericht [Buchhalterische Erfassung von Bauprojekten](#); GZ: StRH – 029962/2017). Den Schwerpunkt der Kontrolle bildete die Frage ob die Abrechnungen der betroffenen Volksschulen den tatsächlich geleisteten Zahlungen entsprachen.

⁴⁸[Link zum Gemeinderatsstück vom 9. Februar 2012](#)

Die endabgerechneten Kosten für die Errichtung der Volksschule Mariagrün lagen deutlich unter dem geplanten Budget.

Der Gemeinderat genehmigte im Februar 2012 die Neuerrichtung der Volksschule Mariagrün am Standort Schönbrunn­gasse (inklusive Einrichtung) mit Gesamtprojektkosten in Höhe von 8,520 Millionen Euro netto.

Die Realisierung erfolgte im Eigentum der GBG, die Stadt Graz mietete nach Fertigstellung im August 2014 das Objekt an.

Der Neuerrichtung ging in den Jahren 2010 bis 2012 ein Architekturwettbewerb mit einem im Februar 2011 separat genehmigten Budget in Höhe von 195.000 Euro voraus. Die GBG stellte der Stadt Graz für eine städtebauliche Vorstudie sowie für die Abwicklung dieses Wettbewerbs mit Schlussrechnung im März 2012 in Summe 175.386 Euro in Rechnung.

Der Architekturwettbewerb war daher getrennt von der Neuerrichtung als eigenes Projekt (mit eigenem Budget) zu betrachten.

Der Stadtrechnungshof errechnete die mit der Projektgenehmigung für die Neuerrichtung vergleichbaren Kosten mit 7,707 Millionen Euro. Um die Kosten der Neuerrichtung mit den budgetierten Kosten aus der Projektgenehmigung vergleichen zu können, mussten unter anderem nicht zahlungswirksame Eigenleistungen der GBG miteinbezogen werden. Die Berechnungsmethode war wie folgt:

Da der tatsächliche Geldfluss im SAP System erfolgte, bildeten die Lieferanten-Rechnungen in SAP, welche auf die Aufträge „Volksschule Mariagrün“ gebucht wurden, die Grundlage für die Berechnung.

Der Stadtrechnungshof bereinigte diese Berechnung um jene Lieferanten-Rechnungen, welche den Architekturwettbewerb betrafen sowie um jene welche fälschlicherweise dem Auftrag „Volksschule Mariagrün“ zugeordnet waren.

Die bereinigten Lieferanten-Rechnungen (in Summe rd. 6,746 Millionen Euro) waren größenordnungsmäßig mit den von der GBG zu diesem Projekt geführten Rechnungsbüchern abstimbar.

Nicht abstimbar waren hingegen die Eigenleistungen der GBG:

Die von der GBG geführten Rechnungsbücher wiesen Eigenleistungen der Werkstätten in Höhe von 162.755 Euro aus, während SAP die Eigenleistungen der Werkstätten nur mit 7.552 Euro auswies. Der Stadtrechnungshof verwendete in diesem Fall die in den Rechnungsbüchern ausgewiesenen Eigenleistungen.

Um die auf diesem Wege berechneten Projektkosten mit der Projektgenehmigung vergleichen zu können, waren Grunderwerbskosten (welche die GBG grundsätzlich

im SAP keinem Auftrag zugeordnet) in Höhe von 308.023 Euro, GBG Eigenleistungen (Bauverwaltung, Projektentwicklung, Werkstätten) in Höhe von rd. 532.755 Euro sowie Zwischenfinanzierungskosten in Höhe von rd. 120.000 Euro zu ergänzen.

Die auf diesem Wege ermittelten Projektkosten (7,707 Millionen Euro) lagen deutlich unter dem geplanten Budget (8,520 Millionen Euro).

3.7.4 Straßenbahnlinie Südwest - Planungsbeschluss

Um künftig den Südwesten der Stadt Graz unter Berücksichtigung einer Entlastungsstrecke für die Herrengasse mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschließen, beschloss der Gemeinderat die Planung der Straßenbahnlinie Südwest.

Projektgenehmigung:	12. Dezember 2011 ⁴⁹
Kostenanteil Stadt Graz:	5.280.000 Euro (100% der Gesamtsumme)
Gesamtkosten:	5.280.000 Euro
Reduktion Projektgenehmigung:	9. Juli 2015 ⁵⁰
Reduktion Projektgenehmigung:	19. Oktober 2017 ⁵¹
Aufhebung	
Projektgenehmigung:	8. Februar 2018 ⁵²
Stellungnahme StRH:	November 2011
Umsetzung:	Projektstopp/Aufhebung Projektgenehmigung Ersatz: Projektgenehmigung Einreichplanung Innenstadtentflechtung Neutorgasse

Das gegenständliche Projekt betraf die Erschließung des Südwestens der Stadt Graz durch eine neue Straßenbahnlinie unter gleichzeitiger Realisierung einer Entlastungsstrecke für die Herrengasse durch die Errichtung einer Straßenbahntrasse über die Radetzkystraße, den Griesplatz und die Elisabethinergasse. Der Gesamtausbau der Straßenbahnlinie Süd-West war in insgesamt zwei Bauabschnitten geplant.

Bauabschnitt 1: Jakominiplatz - Zeugamtsweg (Areal der ehemaligen Hummelkaserne)

Die Realisierung des 1. Bauabschnittes war in zwei Phasen geplant. In einem ersten Gemeinderatsbeschluss erfolgte die Freigabe der notwendigen Budgetmittel für die Planungen bis zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen. In weiterer Folge war in der 2. Phase die Realisierung vorgesehen. Die gegenständliche Projektgenehmigung betraf die Phase 1 des 1. Bauabschnittes.

Bauabschnitt 2: Zeugamtsweg - Grottenhofstraße

Für die Realisierung dieses Bauabschnittes gab es noch keinen konkreten Terminplan.

⁴⁹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 12. Dezember 2011](#)

⁵⁰ [Link zum Gemeinderatsstück vom 9. Juli 2015](#)

⁵¹ [Link zum Gemeinderatsstück vom 19. Oktober 2017](#)

⁵² [Link zum Gemeinderatsstück vom 8. Februar 2018](#)

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Juli 2015 erfolgte eine Kürzung der Projektgenehmigung von 5.280.000 Euro um 1.324.000 Euro auf 3.956.000 Euro zugunsten des Projekts Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte-Waagner-Biro-Straße.

In weiterer Folge beschränkte bzw. konzentrierte man sich bei den weiterführenden Planungsarbeiten auf den Abschnitt Jakominiplatz - Griesplatz - Rösslmühlpark - Elisabethnergasse, das entsprach der geplanten Entlastungsstrecke für die Herrengasse.

Die Untersuchungen der geplanten Entlastungsstrecke für die Herrengasse zeigten, dass

- aus derzeitiger Sicht ein 1. Bauabschnitt der Süd-West-Linie in der Form weder eisenbahnrechtlich noch straßenbahnrechtlich genehmigungsfähig war und
- zum Teil massive - auch großräumige – Verschlechterungen bzw. keine nachhaltigen Verbesserungen für die einzelnen Verkehrsteilnehmer sowie des Straßenraumes gegenüberstanden.

Auf Grund dieser Ergebnisse war der Variante Innenstadtentflechtung über die Neutorgasse bzw. Vorbeckgasse oberste Priorität eingeräumt worden. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 19. Oktober 2017 erfolgte die Projektgenehmigung Einreichplanung Innenstadtentflechtung Neutorgasse in einem Ausmaß von 1.527.000 Millionen Euro. Die Finanzierung erfolgte aus der Projektgenehmigung Straßenbahnlinie Südwest – Planungsbeschluss. Diese reduzierte sich dadurch von 3.956.000 Euro um 1.527.000 Euro auf 2.429.000 Euro.

Die bis Ende 2017 angefallen Planungskosten für das Projekt Straßenbahnlinie Südwest – Planungsbeschluss beliefen sich laut Berichtswesen der Stadtbaudirektion auf rd. 168.000 Euro. Weitere Kosten fielen für dieses Vorhaben nicht mehr an. Der Gemeinderat ordnete mit Beschluss vom 2. Februar 2018 das restliche Budget von 2.261.000 Euro (2.429.000 Euro – 168.000 Euro) dem Projekt Straßenbahn Reininghaus zu.

Auf Grund des Projektstopps bzw. auf Grund der Aufhebung der Projektgenehmigung des Projektes Straßenbahnlinie Südwest – Planungsbeschluss war eine Projektabwicklungskontrolle durch den Stadtrechnungshof für das gegenständliche Projekt nicht mehr relevant.

4 Kontrollmethode

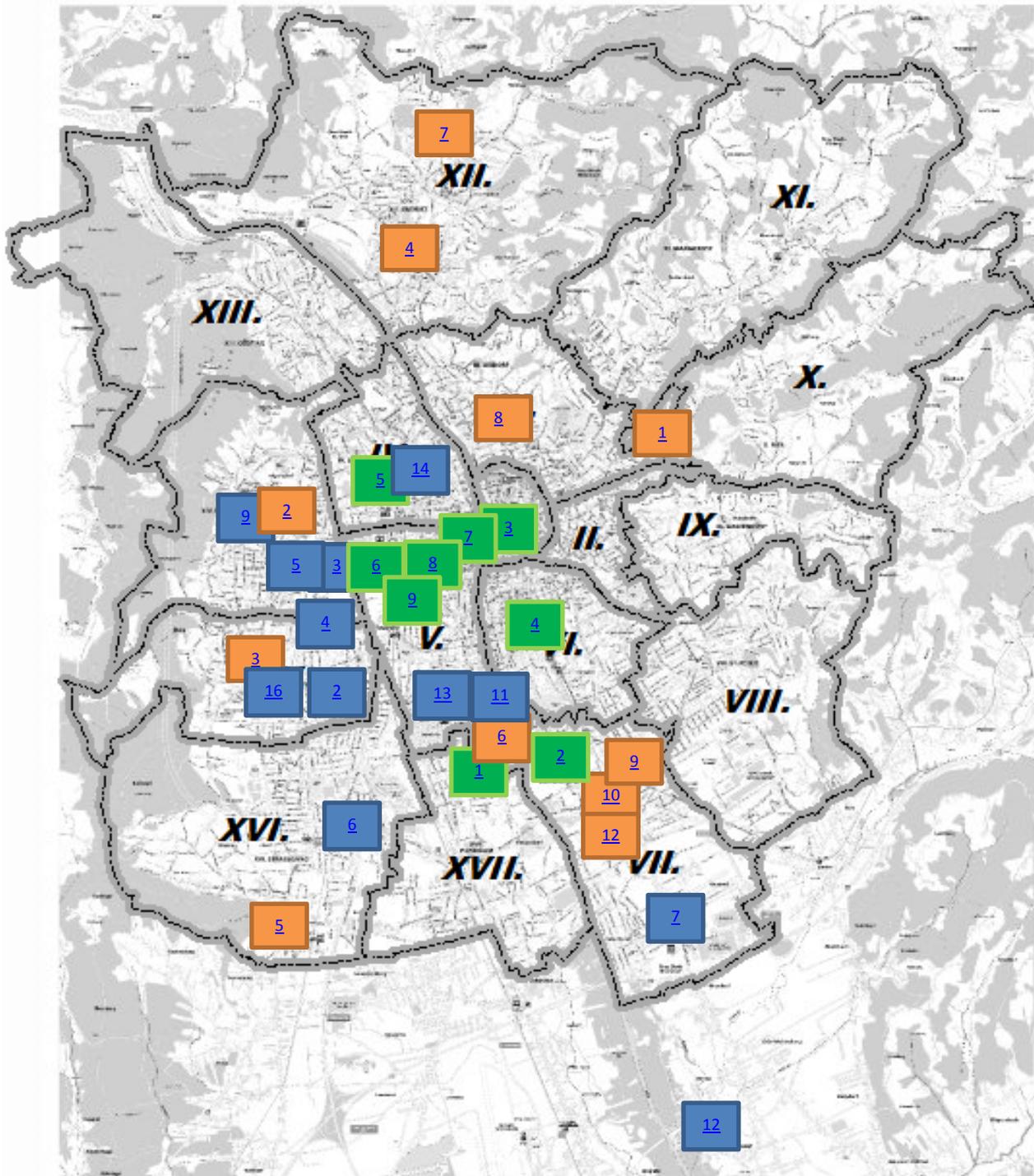
4.1 Erweiterungsbau Volksschule St. Veit, Erweiterungsbau Volksschule St. Peter und Neubau Volksschule Mariagrün

Die Ordnungsmäßigkeit war der zentrale Kontrollmaßstab der Kontrolle der Projekte Erweiterungsbau Volksschule St. Veit, Erweiterungsbau Volksschule St. Peter und Neubau Volksschule Mariagrün.

Da der tatsächliche Geldfluss im SAP System erfolgte, bildeten die Lieferanten-Rechnungen aus dem Auftragskostenbericht des SAP Systems die Grundlage für die Berechnung der Projektkosten eines Bauprojektes. Sofern keine Umbuchungen erfolgten, waren Lieferanten direkt in den Gegenkonten des Auftragskostenberichts ausgewiesen. Erfolgten Umbuchungen waren Lieferanten-Rechnungen auch unter Gegenkonto-Bezeichnungen von Sachkonten (z.B. Fremdleistungen) zu finden. Es war zur Sicherstellung einer verlässlichen Endabrechnung erforderlich diese Lieferanten-Rechnungen mit dem Baubuchhaltungssystem COOR abzustimmen, da im SAP System auch auftragsbezogen falsch zugeordnete Rechnungen existierten. Jene Kostenbereiche (wie z.B. Grunderwerb, Zwischenfinanzierung, Eigenleistungen der GBG), welche im SAP nicht (vollständig) auftragsbezogen verbucht waren, ergänzte der Stadtrechnungshof entsprechend um die vollständigen Projektkosten zu erhalten.

Die für diese Prüfung herangezogenen Unterlagen sowie Auswertungen entnahm der Stadtrechnungshof direkt aus dem SAP-Buchhaltungssystem sowie aus dem Baubuchhaltungssystem COOR der GBG. Im Falle des Projektes „Volksschule Mariagrün“ griff der Stadtrechnungshof (anstelle auf COOR) auf Rechnungsbücher der GBG zu, da ein externer Berater dieses Projekt in COOR führte.

5 Grafische Übersicht über die Projektstände



Quelle: Geodaten Stadt Graz; Einträge Stadtrechnungshof

Baulich abgeschlossene Projekte



1. [Verlängerung Straßenbahnlinie 7 sowie Umgestaltung und Neuorganisation Riesplatz und Ausbau und Umgestaltung der Landesstraße B65 und L324](#)
2. [Bildungscampus Algersdorf – Neubau Volksschule](#)
3. [Ausbau Volksschule Peter Rosegger](#)
4. [Ausbau Volksschule Viktor Kaplan](#)
5. [Ausbau Volksschule Straßgang](#)
6. [Baumaßnahmen Sturzgasse 5-7](#)
7. [Pflegewohnheim Andritz](#)
8. [Betreubares Wohnen+ in der Theodor-Körner-Straße 65](#)
9. [Eishalle Graz Liebenau – Generalsanierung und Fußballstadion ehemalige UPC Arena - Umbaumaßnahmen](#)
10. [Errichtung einer Dreifach-Sporthalle am Standort des BG/BORG HIB Liebenau](#)
11. [Ankauf von vier Hilfeleistungslöschfahrzeugen \(nicht darstellbar\)](#)
12. [Südgürtel - Grundeinlöse](#)

Projekte in Planung



1. [Masterplan Sturzgasse - Recyclingcenter Neu](#)
2. [Errichtung von Gemeindewohnungen Siedlungsareal Am Grünanger 1. Realisierungsabschnitt](#)
3. [SchloßbergMuseum](#)
4. [Haus Graz „Graz baut aus“ Quartier Steyrergasse Süd](#)
5. [Straßenbahnanbindung Smart City Project Graz Mitte-Waagner-Biro-Straße](#)
6. [Straßenbahnanbindung Reininghaus-Einreichplanung](#)
7. [Straßenbahnausbau-Innenstadtentflechtung Neutorgasse](#)
8. [Errichtung der Bahnunterführung GW2a Josef-Huber-Gasse](#)
9. [Errichtung Reininghauspark und Grünachse – Abschnitt 1](#)
10. [Umbaumaßnahmen im Zuge von Umstrukturierungen an bestehenden Pflichtschulstandorten der Stadt Graz \(nicht darstellbar\)](#)
11. [Streetwork und Kontaktladen \(nicht darstellbar\)](#)

Projekte in Umsetzung

1. [Sachprogramm Grazer Bäche \(nicht darstellbar\)](#)
2. [Erschließung des Areals der ehemaligen Hummelkaserne](#)
3. [Verkehrerschließung Reininghaus](#)
4. [Verkehrsmaßnahmen Areal Graz Reininghaus und Umbau Beleuchtung in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße](#)
5. [Reininghaus - Neuerrichtung der Alte Poststraße und der Kratkystraße](#)
6. [Sanierung/Umbau Weblinger Stumpf](#)
7. [Ausbau St. Peter Hauptstraße-Süd](#)
8. [Austausch von 405 Parkscheinautomaten \(nicht darstellbar\)](#)
9. [Errichtung ASKÖ-Halle Neu](#)
10. [Streetwork und Kontaktladen \(nicht darstellbar\)](#)
11. [Begleitmaßnahmen Murkraftwerk Graz, inkl. zentraler Speicherkanal und Grünraumgestaltung](#)
12. [BA46- Erweiterung und Sanierung Kläranlage der Stadt Graz](#)
13. [Zu- und Umbau Volksschule Triester](#)
14. [Neubau Volksschule Smart City](#)
15. [IT-Ausbau an den Grazer Pflichtschulen \(nicht darstellbar\)](#)
16. [Errichtung eines neuen Gemeindewohnbaus Kreuzung Peter-Rosegger-Straße/Faunastraße](#)
17. [Neues Rechnungswesen im Magistrat Graz/VRV 2015 \(nicht darstellbar\)](#)

Kontrollieren und Beraten für Graz

Seit 1993 kontrolliert und berät der Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz unabhängig die finanziellen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Stadtverwaltung. Seit 2011 ist er darüber hinaus die einzige Stelle, die in das gesamte Haus Graz, also die Stadtverwaltung und die Beteiligungen der Stadt Einblick nehmen darf.

Der vorliegende Bericht ist ein Kontrollbericht im Sinne des § 16 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof. Er kann personenbezogene Daten im Sinne des § 4 Datenschutzgesetz 2000 enthalten und dient zur Vorlage an den Kontrollausschuss.

Die Beratungen und die Beschlussfassung über diesen Bericht erfolgen gemäß dem Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 in nichtöffentlicher und vertraulicher Sitzung.

Die Mitglieder des Kontrollausschusses werden daran erinnert, dass sie die Verschwiegenheitspflicht wahren und die ihnen in den Sitzungen des Kontrollausschusses zur Kenntnis gelangten Inhalte vertraulich zu behandeln haben.

Eine hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Einschränkungen anonymisierte Fassung dieses Berichtes ist ab dem Tag der Vorlage an den Kontrollausschuss im Internet unter <http://stadtrechnungshof.graz.at> abrufbar.

Der Stadtrechnungshofdirektorstellvertreter
DI Dr. Gerd Stöckl